

# Vereins-Anzeiger

Organ des

## Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 31

Erscheint alle Sonnabend.  
Monatspreis Mit. 1.50 pro Quartal.  
Veraktion und Expedition: Hamburg 25,  
Clemens-Großstraße 1, Berlinspr. 5, 8246.

Hamburg,  
Sonnabend, 2. August 1913.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
paralleleiste über deren Raum 60 Pf.  
(der Betrag ist stets vorher einzuführen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

27. Jahrg.

**Verbandskollegen! Zur Sicherung des nach langem Kampf Erreichten und zur Vorbereitung weiterer Erfolge und Fortschritte in der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gilt es nicht nur festzuhalten an unsrer Organisation, sondern sie auch noch auszubauen durch Zuführung auch der letzten noch abseits steben. Agitiert und organisiert für den Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher u. Weissbinder Deutschlands!**

### Das neue Statut

tritt laut Beschluss der letzten Generalversammlung von der 32. Beitragswoche ab, also vom 3. August d. J. an, in Wirklichkeit. Sämtliche neuen Bestimmungen, die unsre 14. Generalversammlung in Halle gefaßt hat, sind im "V. A." bekanntgegeben worden; Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, sich eingehend darüber zu informieren; jeder Verbandskollege muß notwendigerweise die neuen Richtlinien der Organisation kennen, um seine erworbenen Rechte zu wahren und den Anforderungen des Verbandes und seiner Einrichtungen nachzukommen.

Mit erstaunlicher Geschwindigkeit hat die Generalversammlung befunden, daß die Organisation mit einem starken Kampffonds ausgerüstet werden muß zufolge Durchführung ihrer gelesenen Ausgaben. Auch die große Mehrheit unsrer Kollegen ist von dieser Notwendigkeit durch die Macht der Tatsachen überzeugt worden, daß kommt in der Festsetzung der Beitrags Höhe aussichtsreichste zur Gelung. So schwer oft für den einzelnen auch das zu bringende Opfer sein mag, es muß gebracht werden; mit niedrigen Beiträgen kann eben weder für das Wohl des Einzelnen noch für das Gesamtinteresse unsres Verbandes etwas Erfreuliches erzielt werden. Die wichtigste Ausgabe unsrer Organisation ist und bleibt die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unsrer Berufskollegen. Um dieser Ausgabe gerecht zu werden, genügt nicht ideale Begeisterung allein, nein, die Mitglieder müssen auch bereit sein, aus innerster Erkenntnis die erforderlichen Opfer aufzubringen. Mit geringen Beiträgen ist keine Organisation imstande, einem wohlgerüsteten und organisierten Unternehmertum gegenüberzutreten. Das lehrt uns am besten die Entwicklung unsrer Organisation. Ohne die Beitragsregulierungen durch die letzten sechs Generalversammlungen würde unser Verband nicht die Erfolge aufzuweisen haben, wie es doch tatsächlich der Fall ist. Der verschlossene Tarifkampf hat gewiß so manchen Kollegen die Augen geöffnet und gezeigt, mit welchen Opfern jede Verbesserung im Lohn- und Arbeitsverhältnis erst erkämpft werden muß, welch schwerer wirtschaftlicher Kampf es bedarf, den Lohn nur um einige Pfennige höher zu bringen. Und diese Kämpfe werden nicht geringer, im Gegenteil, sie gestalten sich immer hartnäckiger, zu langandauernden Rassenkämpfen.

In der Erkenntnis nun, daß die jüngstreichende Entwicklung diesen Weg nimmt, galt es auch für uns, rechtzeitig die Position unsres Verbandes zu stärken. Rühen und immer rühen, sich bereit halten, muß als Posung gelten. Wenn wir nicht vor dem Anfang des Unternehmertums kapitulieren wollen, kann es also nur eins geben: die Kampfbereitschaft unsres Verbandes finanziell sicherzustellen. Dieser ihrer wichtigsten Aufgabe ist die Generalversammlung nachgekommen und hat den Mitgliedern den Weg gezeigt, den sie beitreten müssen, um widerstandsfähig und wohlgerüstet den kommenden Kämpfen entgegenzutreten. Der nun von der kommenden Woche an zu erhebende Einheitsbeitrag für Sommer- und Winterwochen kann deshalb als ein weiterer Fortschritt auf diesem Wege bezeichnet werden, um so mehr als nun auch des näheren bestimmt ist, unter welchen Verhältnissen arbeitslose kraute nun Mitglieder auf Antrag vom Beitrage bestreikt und ihre erworbenen Rechte wahren können.

Dass unsre Kollegen sich über die neugetroffenen Bestimmungen der Unterhülfungseinrichtungen, des Streitreglements u. vergl. orientieren, halten wir für selbstverständlich.

Nun ist es Eure Aufgabe, Kollegen, die Beschlüsse der Generalversammlung zur Durchführung zu bringen. Die Zeit der noch günstigen Arbeitsperiode muß zur Organisations- und Agitationsarbeit gut ausgenutzt werden. Nicht zu säumen gilt es, sondern sofort muß mit der Verbandsarbeit eingesetzt werden. Unterstützt die Kollegen der Zillialverwaltungen und die Vertauensmänner in den Zahlstellen aufs wissamst. Von dem Ausbau und der Stärke unsres Verbandes hängt der weitere Fortschritt unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ab. Je früher es uns gelingt, die Massen der noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen, desto eher besteht die Möglichkeit zur Durchführung unsrer berechtigten Forderungen. Darum auf, Kollegen, mit vereinten Kräften unserm Ziele zu!

### Schutz gegen kapitalistischen Raubbau.

II.

Wenn wir den Umschwung in der Bewertung der menschlichen Arbeitskraft auf seine Ursache hin untersuchen, so stoßen wir zunächst auf eine Ursache wirtschaftlicher Art. Bekanntlich wird alles das, was reichlich vorhanden ist, geringgeschätzt, während alles das, was knapp ist, in der Bewertung steigt. Und nach der Bewertung richtet sich auch die Behandlung. Darum wurden die Sklaven im Altertum gut behandelt, solange sie selten waren und deshalb viel Geld kosteten; als sie zahlreich vorhanden waren und billig wurden wie Brombeeren, wurden sie in rücksichtloser Weise ausgebaut. Die gleiche Beobachtung kann man auch in bezug auf die Bewertung und Behandlung des modernen Lohnarbeiters machen. In den Anfängen der kapitalistischen Wirtschaftsweise war ein schier unerhöhllicher Vorrat von Arbeitskräften vorhanden, das Angebot von Händen übersiegte bei weitem die Nachfrage und so stautete sich ein förmlicher Überschuss von Menschenmaterial auf. Die neuankommende Großindustrie machte zahllose ehemals selbständige Gewerbetreibende existenzlos und schleuderte sie ins Proletariat hinab, die Maschinen machten zahlreiche Hände überflüssig, Frauen und Kinder wurden in Massen in die Fabriken hineingedrängt und vom platten Lande strömten immer neue Scharen in die Industriebezirke, weil sie von der Scholle losgelöst und aus ihrer Erde vertrieben wurden. Die natürliche Folge davon war eine ungeheure Überfüllung des Arbeitsmarktes, das Entstehen einer industriellen Reservearmee und eine fortwährend zunehmende Massenarbeitslosigkeit. Dadurch wurde die Arbeitskraft entwertet, und der junge Kapitalismus in seinem Fliegelscharen feiertig wahre Ausbeutungsgesetze. Aber trotzdem der Kapitalismus ohne Schonung und "England ganze Generationen zu grunde rückte, nahm die Bevölkerung in geradezu unheimlicher Progression zu, weil die Unterschicht in bezug auf Bevölkerungsvermehrung wahnsinnig fruchtete. So tauchte denn im Hintergrunde drohend das Gespenst der Überbevölkerung auf, und weil der Bonn der Volkskraft scheinbar unübertragbar weitersprudelte, bildete sich in den Kreisen der Kapitalisten die Meinung, daß der Zuwachs an Händen unbegrenzt sei, der sich trotz aller Ausbeutung und Ausmargierung immer wieder etiene.

Unkenntnis und Interesselosigkeit sind also die Ursache der Gleichgültigkeit und Herzlosigkeit, mit der der Kapitalismus in seiner Frühzeit die Arbeitskraft der Unterschichten verschwendet hat. Man lese nur Friedrich Engels Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England oder man erinnere sich an die Schilderungen deutscher Sozialisten aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts und man wird mit Schaudern die grauenhaften Verwüstungen erkennen, die kapitalistische Unvernunft und Habgier am Volkswörper angerichtet hat. Es mußte wohl kommen sein, wenn selbst ein so gut kapitalistischer Mann, wie der verstorbene Berliner Professor Reinhold dem Kapitalismus folgende Sätze ins Stammbuch setzte:

"Gedreht unparteiische Beobachter kann so viele beweiskräftige Fälle von Arbeiterausbeutung durch Unternehmer beibringen, daß die großen Züge jenes von Sozialisten gezeichneten Bildes menschlicher Habgier, Grausamkeit und Gleichgültigkeit gegen fremdes Leben für zutreffend gehalten werden müssen. Dies wird niemand bestreiten wollen, der nicht im blödesten Interesse besangen oder von zynischer Roheit ist. Viele Unternehmer, die inmitten der Verwüstungen an Menschenleben, Sitten und Menschenwert wohnen, zeigen keine Spur von Mitleid oder Bedauern mit den Opfern ihres Systems. Die volkswirtschaftliche Literatur ist nur das getreue Spiegelbild jener Zeit. Beigeben sucht man in ihr einen Ton von wahrer Interesse für das Wohl der Arbeiter oder eine Spur von Mitleid mit ihrem Elend. Hier zeigt sich der egoistische Wille in seiner nadler Gemeinheit, in seiner grausamen Härte, mit der er andre verbündet läßt, während er selbst im Überflusse erhöht. Er scheut das geringste Opfer und tausend Menschenleben sind ihm keinen Pfennig wert."

Allgemach beginnt der Bonn der Volkskraft langsam zu sprudeln, der Zeugungswille nimmt ab und der Prozentsatz der Geburten geht in ganz erschreckender Weise zurück. Das Gespenst der Überbevölkerung, das Malhus und seine Nachbeter an die Wand malten, verliert seinen Schreden, und heute macht uns bereits die Gefahr einer Unterdörfelung Sorgen. Nunmehr sieht man ein, daß das Reservoir der Arbeitskraft nicht unerschöpflich ist, sondern daß das Ribeau zu führen beginnt. Zugleich mit dieser Erkenntnis stellt sich auch die Erkenntnis ein, daß es ein Unsun und eine finale Verschwendug ist, mit der Kraft und dem Leben des Proletariats Raubbau zu treiben. In den mähgabenden Kreisen lernt man, daß ein vernünftiger Haushalter des Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht nur auf Säulen und Tiere anwendet, sondern auch auf Menschen und daß sich eine Verschwendug an Menschenmaterial ebenso bitter rüchen muß, wie jede andre Verschwendug. Sie in einem Stück Land eine Kraft steht, die gesondert und erneuert werden muß, so steht auch in jedem arbeitsfähigen Menschen ein großes Kapital körnerförmig und geistiger Kraft, die für die Gesamtheit erhalten und nutzbar gemacht werden muß. Nur eine bedauernsreiche Kurzichtigkeit wird so töricht sein, den Boden der Volkskraft in länderlicher Weise zu erschöpfen. Die große Masse des Volkes ist der Rährboden, aus dem immer wieder neue Kraft entsteckt, sie ist die Goldgrube, aus der das ganze Kapital immer neue Reichtümer schöpft. Damit erscheint es einem vernünftigen Wirtschafter



Die Eingabe des Herrn Kruse, die wir unsern Kollegen zum eingehenden Studium empfehlen, lautet wie folgt:

Berlin, 18. Juli 1913.

An das Hauptamt für das deutsche Malergewerbe Berlin.

Zu der Beschwerde des Verbandes der Maler haben wir nachstehendes zu erwägen: Es ist richtig, daß wir unsre Ortsgruppen angewiesen haben, keine Lohnfestsetzungen über den Rahmen der Schiedssprüche vom 26. Mai hinaus zu bewilligen. Zu dieser Stellungnahme waren wir durch die Abstimmung, die nur eine ganz geringe Majorität für Annahme der Schiedssprüche er gab, gezwungen; das Schreiben der Herren Unparteiischen vom 26. Mai deutet sich ja auch mit unserer Ansicht.

In Städten jedoch, wo Sondertarife in größerem Umfang abgeschlossen waren, haben unsre Mitglieder, den Verhältnissen dienend, auch Bewilligungen über den Rahmen der Schiedssprüche hinaus vorgenommen. Es sind, wie z. B. in Hamburg, sogar Zwangsmaßregeln von Seiten der Arbeiter (Streik) vorgenommen, um Bewilligungen über die Lohnsätze der Schiedssprüche zu erhalten.

Die Behauptung der Arbeiter, daß Sondertarife in größerem Umfang abgeschlossen sind, sind bisher durch nichts bewiesen, da die örtlichen Organisationen sich weigern, uns die Sondertarife vorzulegen. Wir wären bei Vorlegung dieser Tarife leicht in der Lage, festzustellen, in welchem Umfang Arbeiter von diesen Sondertarifen betroffen werden. Fest steht, daß der größte Teil dieser Sondertarife mit sogenannten Meistern abgeschlossen wurde, die nur zur Zeit der Lohnbewegung Arbeiter beschäftigten, jetzt aber zuschließen sind, wenn sie selbst wieder als Arbeiter in unsren Werkstätten ein Unterkommen finden.

Es ist unrichtig, daß wir nichts getan haben, um in Rheinland-Westfalen den Schiedsspruchlichen Gelingung zu verschaffen. Richtig ist das Gegenteil. Der Hauptvorstand hat durch einstimmigen Beschluss die Mitglieder des Gau II ersucht, die Schiedssprüche anzuerkennen und hat auch auf die weiteren Folgen hingewiesen.

Dem indirekten Wunsche der Gehilfenorganisation, den Gauverband II auszuschließen, stehen unsre Sitzungen entgegen, nach denen die Mitgliedschaft erst mit Schluß des Kalenderjahrs erlischt. Da unser Hauptverband ein eingetragener Verein ist, haben wir uns strikt an diese Sitzungen zu halten. Außerdem hat über den Ausschluß die Hauptversammlung, die Mitte August stattfindet, zu entscheiden.

Da ein großer Teil unsrer Verbandsvorsitzenden sich zurzeit auf Urlaub befindet, dürfte es schwer fallen, die ordnungsmäßige Zusammensetzung des Hauptamtes vor dem 10. August zu erlangen. Im übrigen würden wir es für richtig halten, wenn der Vorstand des Verbandes der Maler uns erst mal diejenigen Städte namhaft macht, in denen die Schiedssprüche nicht erfüllt sein sollen, damit es dem Unterzeichneten möglich ist, auf die Verbandsmitglieder einzutreten und sie zur Erfüllung der Schiedssprüche anzuhalten.

Hochachtungsvoll gez. Emil Kruse.

An dieser sog. Erwiderung wollen wir nur auf das offene Eingeständnis hinweisen, daß der Arbeitgeberverband seine Ortsgruppen angewiesen hat, nichts über die Schiedssprüche hinaus zu bewilligen und zwar aus dem famosen Grunde, weil die Schiedssprüche nur mit geringer Mehrheit angenommen worden sind. Soviel Offenherzigkeit hatten wir von den Herren heimlich gar nicht erwartet; sie ist wohl auch nur im Drange der Geschäfte ganz ungewollt unterlaufen. Dass wir dem Arbeitgeberverband die Städte nennen sollen, in denen die Schiedssprüche nicht erfüllt sind, würde einen Wert wünschen, daß das völlig verloren ist, weil er, wie ja auch das Beispiel Rheinland-Westfalen zeigt, nicht den geringsten Einfluß auf seine Ortsgruppen besitzt.

Später wurde uns noch telephonisch von Berlin mitgeteilt, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Herrn v. Schulz nachträglich mitgeteilt habe, daß er Sonnabend nachmittags die Unparteiischen telegraphisch benachrichtigt hat, daß die Sitzung am Dienstag nicht stattfinden könne, einmal, weil seine Leute nicht abkömmling seien, und ferner, weil der § 4 der Geschäftsordnung nicht erfüllt sei. Dieser Bluff und blamable Rückzug vor einem offenen Dilemma zu den bestehenden Schwierigkeiten hatte zur Folge, daß Montag den 21. d. M., nachmittags 2 Uhr, die offizielle Aufhebung der Sitzung erfolgte.

Wir haben die Entwicklung der bestehenden Differenzen und die Bemühungen der Unparteiischen und der Gehilfenorganisationen, sie zu beseitigen, im Gegenzug zu dem offenkundigen Bestreben des Arbeitgeberverbandes, sie zu verschärfen, an der Hand der vorliegenden Akten hier ausführlich dargelegt. Dadurch tritt das Obstruktionmanöver der Unternehmer klar hervor. Ergänzt ist dabei, wie sich die Herren von Ausrede zu Ausrede stützen, um schließlich bei der Formalität des § 4 der Geschäftsordnung zu landen, die eine Frist von acht Tagen für die Einladung und Zustellung der Tagesordnung vorschreibt. Wir wissen nun also, woran wir sind. Wir werden unser Verhalten nach diesem Gebaren des Arbeitgeberverbandes einzurichten wissen und es u. a. gebührend kennzeichnen, wenn weiter die Macher des Arbeitgeberverbandes die Störn haben sollten, von tarifwidrigem Verhalten der Gehilfen zu schwärzen. Unsre Kollegen aber ersehen wieder, daß der Arbeitgeberverband stets bestrebt sein wird, die Interessen der Gehilfenchaft so rücksichtslos wie nur irgend denktbar zu bekämpfen. Nur die Macht der Organisation wird hier Besserung schaffen können.

### Aufschluß zum Innungsterrorismus während der letzten Ausperrung.

Welche Rolle ein Teil Malerinnungen im verlorenen Tarifkampfe als Handlanger des Arbeitgeberverbandes gespielt haben, darüber konnten wir unsre Kollegen des östern unterrichten. Die lezte Stellungnahme des Gau II Rheinland-Westfalen gegen den Syndikus der Düsseldorfer Handwerksschule, der u. a. in sachlichster Weise das Vorgehen der Innungen

gegen die organisierten Gehilfen verurteilte, ist ja ein trefflicher Beleg dafür, wie berechtigt sich jene Kreise halten, rücksichtslos gegen alle vorzugehen, die nicht das gemeingefährliche Treiben notorischer Scharmüder dulden. Diesem Spiel dient mit dem Erlass des preußischen Handelsministers an die Innungen, der vor einigen Tagen bekanntgegeben worden ist, ein Regel vorgeschoben sein. Der Erlass lautet:

"Aus Anlaß der Lohnbewegungen der letzten Jahre sind sowohl bei den Bevölkerungen als auch bei den Behörden öfter Zweifel darüber entstanden, wieviel Zwangsinningar befugt sind, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ihren Mitgliedern Vorschriften zu machen. Da die bei der Entscheidung von Einzelfällen von mir eingenommene grundsätzliche Stellung bisher nicht allgemein bekannt geworden ist, auch aus den von mir hierüber im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen irgende Folgerungen gezogen worden sind, so sehe ich mich veranlaßt, auf folgendes hinzuweisen: Wie sich Zwangsinningar in Arbeitgeberverbänden nicht weiter betätigen sollen, als mit der Förderung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbar ist, so dürfen sie auch im übrigen keine Beschlüsse fassen, die sich als Kampfmaßregeln in einem wirtschaftlichen Streite zwischen Arbeitgebern und Arbeitern darstellen. Deshalb ist es z. B. unzulässig, wenn Zwangsinningar ihre Mitglieder bei Strafe verpflichten, alle gewerkschaftlich organisierten Gesellen zu entlassen und nur solche Gesellen in Arbeit zu nehmen, die einen bestimmten Meisterschein haben, oder wenn sie ihren Mitgliedern unter Strafan drohung allgemein und ohne Rücksicht auf den Inhalt verbieten, Sonderverträge mit den Gesellen abzuschließen und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen gegen die Innungsmitglieder festsetzen. Beschlüsse, welche lediglich dazu dienen, die Innungsmitglieder zur Befolgung der von den Arbeitgebern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffenen Verabredungen zu nötigen, verleihen überdies die Vorschriften der Gewerbeordnung gegen den Koalitionszwang. Eine Verpflichtung der Innungsmitglieder, nur bestimmte Gesellen in Arbeit zu nehmen oder bestimmte Gesellen zu entlassen, ist auch nach § 41 der Gewerbeordnung unzulässig. Soweit indes die Innungsmitglieder in den von ihnen abzuschließenden Sonderverträgen Verpflichtungen übernehmen sollen, die mit bestimmten, gesetzlich von den Innungen zu verfolgenden und daher auch von den einzelnen Innungsmitgliedern zu unterstützenden Innungsaufgaben in Widerspruch stehen würden — z. B. die Verpflichtung, ausschließlich einen andern als den von der Innung eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen und somit den Innungsbeweisnachweis grundsätzlich zu melben — oder, soweit sie sich zur Innehaltung der Sonderverträge durch ehrenwürdige Erklärungen verpflichten sollen, sind die Zwangsinningar befugt, ihren Mitgliedern den Abschluß derartiger gegen die Gesetze oder gegen die guten Sitten verstönder Verträge zu untersagen."

Die Leitung des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes, die jürglos genug war, sich auf die juristische Weisheit ihres Syndikus zu verlassen, muß nun mit viel Habilität versuchen, ihr von allen Seiten als ungesetzlich festgestelltes Vorgehen zu rechtfertigen. Sie tut das, indem sie behauptet, das Unterschreiben von Sondertarifen bedeute eine schwere Schädigung der Standesehr (1) und des Gemeinwohls und außerdem verstoße die Bestimmung über die partikulären Arbeitsnachweise in den Sondertarifen der Gehilfenorganisationen gegen die Aufgaben und die Zwecke der Innungen.

Da sich unsre Sondertarife völlig mit dem Reichstark decken, die Bestimmung über den Arbeitsnachweis die Benutzung aller Arten von Arbeitsnachweisen, also auch von Innungsnachweisen, grundsätzlich zuläßt und zudem in Rheinland-Westfalen mit Ausnahme von Bielefeld keine Innungsnachweise bestehen, so ist die Behauptung der Herren Innungsterroristen einfach nicht wahr.

Aun hatte der Macher der ungesetzlichen Zustände in Rheinland-Westfalen in seiner "Westdeutschen Maler-Zeitung" erklärt, daß die Innungsmitglieder nicht gezwungen werden seien, ihre Gehilfen zu entlassen. Wegen dieser einfach unwahren Behauptung findet jetzt sogar die Innungen mobil geworden. Selbst ihnen wird jetzt die Art, wie man hier mit der Wahrheit umgeht, endlich zu dummm und so vertrauen sie sich denn gegen den Vorwurf, daß sie Beschlüsse gefaßt haben sollten, von denen die Leitung des Arbeitgeberverbandes nichts weiß, über die nicht von ihr gesordert oder gebilligt worden sind. Denn in der letzten Nummer der "West. Maler-Ztg." ist man gezwungen, folgende viel sagende Erklärung abzugeben:

### Zwangsinnung und Arbeitgeberverband.

Es ist uns mitgeteilt worden, daß verschiedene Malerinnungen unsres Bezirks den letzten Absatz des Artikel "Zwangsinnung und Arbeitgeberverband" in Nr. 28 unserer Zeitung dahin ausgefaßt haben, als wenn ihnen in diesem Absatz ein Vorwurf gemacht werden sollte, daß sie die bekannten Beschlüsse, Aussperrung der organisierten Gehilfen, gefaßt haben. Nicht ist natürlich falscher wie eine solche Annahme. Die Geschäftsführung des Gau II hat keine Ursache, den Innungen irgendwie zu nahe zu treten, sondern ist denselben außerordentlich dankbar für die Unterstützung im vergangenen Lohnkampf. Sie hat nur feststellen wollen, daß nicht, wie es in der Gedankenpressen allenthalben heißt, sie es gewesen ist, die die Zwangsinningar zu den Beschlüssen preiste, sondern daß die Zwangsinningar diese Beschlüsse in voller Selbstständigkeit aus sich heraus gefaßt haben. Lebrigens haben auch fast alle Zwangsinningar diese Beschlüsse

entsprechend umgeändert und das Hauptgewicht auf das Unterschreiben von Sondertarifen gelegt."

Das ist einfach tödllich. Einmal heißt es, die Innungen haben keine ungefährlichen Beschlüsse gefaßt, um nach außen den geübten Terrorismus abzuleugnen. Wird das selbst aus den eigenen Reihen heraus als Unwahrheit festgestellt, so heißt es wieder, es sind ganz selbstverständlich ungefährliche Beschlüsse gefaßt worden und man bedankt sich noch „außerordentlich“, daß die Innungen stupellos genug waren, sich über die bestehenden Gesetze hinwegzusehen; nur will man dabei nicht gerade Erpressung geläßt haben. Wir würden uns gar nicht wundern, wenn es in der nächsten "Westen" wieder helfen würde, die Innungen haben ihre Mitglieder nicht gezwungen, ihre Gehilfen auszuhängen und wenn dann die Eltern immer wieder von neuem wiederholte würde, bis selbst die getreuesten Anhänger von der Wahrheitssiehe ihrer Verbandsleitung so "überzeugt" sind, daß sie — ebenso wie wir schon längst — die Hoffnung auf Besserung endgültig preisgeben.

Der geübte Terrorismus und die Nüchternlosigkeit, mit der man mit behördlichen Anordnungen in gesetzlich privilegierten Institutionen (in den Zwangsinningar) während des Kampfes im Malergewerbe umgesprungen ist, wird sicher zur Folge haben, daß die Rechte der Innungen einer gründlichen Korrektur unterzogen werden. Den Dank dafür mögen die davon Betroffenen dann gewissen gelehrt Herren abschaffen, die sie mit der Vertretung ihrer Interessen betraut.

### Die Arbeitswilligen.

Die Arbeitswilligen! Ein stets dankbares Thema, obwohl das Objekt einer solchen Besprechung ein nicht gerade angenehmes und angenehmes ist. Doch immerhin aktuell vor allem nach einem größeren Kampfe, bei dem diese "arbeitswilligen", "meisterfreuen" Elemente eine bedauerliche Rolle spielen.

Einen Arbeiter, der einen Streit bricht, darf man im "streiten" Deutschland nicht Streitbrecher nennen. So verlangt es die stolze Göttin Justitia mit den verbundenen Augen, in der einen Hand die Waage und in der andern das blonde Schwert der Gerechtigkeit. Sie verlangt es, Warum wohl? Geschieht es deshalb, weil die Worte Streitbrecher und Verbrecher einen recht ungemeinen Gleichklang haben? Möglich, daß Frau Justitia das als Argument hernimmt. Ob es logisch richtig ist, das ist eine andre Frage. Denn wer bei einem von seinen Arbeitnehmern proklamierten Streit nicht mitmacht und den Streit bricht, der ist eben Streitbrecher. Das sagt uns unsre Arbeiterlogik. Und vor nicht langer Zeit — es ist jetzt rund sieben Jahre her — da erklärte vor einem Schöffengericht zu Köln anläßlich einer Klage wegen angeblicher Beleidigung durch die Bezeichnung "Streitbrecher" der Präsident dieses hohen Gerichts: "Wer zu den durch den Streit berührten Arbeitern gehört und nicht mitstreitet, der ist doch Streitbrecher!" Und ein Schöffe desselben Gerichts unterschrieb diese logische Folgerung durch den Ausspruch: "Selbstverständlich, die nicht mitstreiten, sind alle Streitbrecher."

Das ist wie gesagt jetzt rund sieben Jahre her. Heute steht ein anderer Wind. Man hat in staatserhaltenden Kreisen schon längst eine "bessere" Bezeichnung für die Streitbrecher ausgetrieben. "Arbeitswilligen" Das klingt doch viel lieblicher und artiger als das rauhe "Streitbrecher!" Also wagt es nicht, einen Arbeitswilligen schief anzusehen oder ihn Streitbrecher zu nennen! Das Auge des Gesetzes wacht und die unerbittliche Justitia pakt in gerechtem Zorn den Nebeläter beim Aufrührerschopf und er bekommt auf Monate hinaus Muße, hinter dicken Gefängnismauern über seine Vermeinhheit und Verworftheit ernstlich nachzudenken . . .

Trotz all dieser besonderen Fürsorge der Staatsgewalt und Rechtsprechung hält man aber in der honesten bürgerlichen Gesellschaft die unschuldsvollen Arbeitswilligen immer noch für die schuftlosen Gesellsye der Welt. Man schreit nach Ausnahmegesetzen gegen den "Terrorismus" der bösen Streiter und zum größeren Schutz der netten Arbeitswilligen. Die ebenso schaffe wie trockene Guillotine des gemeinen Rechts genügt diesen Herrschaften nicht. Sie schreien sich ihre Rechten heißer nach schärferen Gesetzen zur Bestrafung des Terrorismus und zum Schutz der ausserorenen Lieblinge des Unternehmertums, der Arbeitswilligen!

Den Terrorismus sagt man und das Streitrecht der Arbeiter meint man. Der Streit, diese schändliche Waffe des Proletariats zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen, ist den Unternehmern schon längst ein böser Dorn im Auge. Deshalb zetzen sie auch über den "Terrorismus" der Arbeiter und fordern vom Staat den verstärkten Schutz der Arbeitswilligen in der Hoffnung, daß dann die Streitwaffe der Arbeiter schärfig und unbrauchbar gemacht werden kann.

Wir sind nun so verstockt, gar nicht einmal abzuleugnen, daß Fälle von Terrorismus auch hin und wieder in der Arbeiterbewegung unterlaufen. Sie sind Verfehlungen einzelner und vor allem auch erfärlicher. Man denkt sich in die Situation hinein. Die Arbeiter eines Ortes stehen zur gewerkschaftlichen Organisation und bringen für sie materielle Opfer, um sie dadurch immer mächtiger und widerstandsfähiger zu gestalten. Ein Teil Arbeiter aber steht aus purem und falsch angewandtem Eigennutz abseits und will davon nichts wissen. Es kommt zum Streit und nun steht dieser Teil der Arbeiter seinem bisherigen gewerkschaftlichen Indifferenzismus die Fudastrone auf, fällt den Arbeitsameraden in den Rücken und degradiert sich zum Verräter an der eigenen Kasse, zum Streitbrecher. Auf der andern Seite aber kämpfen die Arbeiter um eine beachtende Befreiung ihrer wirtschaftlichen Lage und legen sich dabei die erdenklichsten Opfer und Entbehrungen auf. Ist es da ein Wunder, wenn dann der Arbeiter empörwächst und sich in unverbissenen Worten gegenüber solchen Vertretern der Arbeitersolidarität lust macht? Oder wenn es unter dem provozierenden Einfluß der bewaffneten Macht, die den Arbeitswilligen als bevorzugten Schutz beigesetzt wird, etwa gar einmal zu einer bedauerlichen Ausschreitung kommt?

Das aber ist dann für die Beständigen ein gefundenes Fressen. Man setzt über "uncerdöten Terrorismus", schreit nach der Göttin Justitia und nach Ausnahmegesetzen und verlangt verstärkten Schutz der mit Revolvern, Gummischläuchen und Schlagringen ausstaffierten Unschuldslämmer, der lieben Arbeits-

willigen. Am Grunde aber sind all die sogenannten Argumente nur ein Vorwand, um dem verhüllten Streit und Koalitionsrecht der Arbeiter auf den Leib zu rüsten.

Hebrigens sollten die im Glashause stehenden Unternehmer nicht mit Steinen nach Arbeitern werfen. Denn gerade in den Reihen des Unternehmertums finden wir den wirtschaftlichen, zielbewussten und strammorganisierten Terrorismus! Ist z. B. die Materialsparte, die von Unternehmertorganisationen oftmals und offiziell widerberstehen. Unternehmern gegenüber zur Anwendung gebracht wird, nicht Terrorismus im vollen Sinne des Wortes? Neben Trusts und Syndikate nicht oftmals den größten Trud auf die Außenreiter aus und suchen sie sie nicht mit allen möglichen Mitteln unschädlich zu machen oder in ihre Organisation hineinzuzwingen?

So etwas aber findet man auf jener Seite ganz in der Ordnung. Und kein honestes und bravdienendes Mitglied der bestehenden Klassen legt sich darüber besonders auf. Wagen aber Arbeiter auch nur den geringsten Trud auf die Außenreiter ihrer proletarischen Organisation auszuhüben und machen sie einmal den Lieblingen des Unternehmertums, den Arbeitswilligen gegenüber ihrem Unmut in drastischen Worten Lust, dann hält der bürgerliche Blätterwald von heller Entzündung wider und dieselbe honeste bürgerliche Gesellschaft kreißt in den höchsten Distortionen über den "unverbüten" und geradezu "gemeingesährlichen Terrorismus" der Arbeiterschaft.

Ach, geht uns ab mit eurer Deuchelei, mit eurer bürgerlichen Moral mit doppeltem Boden! Man spricht so viel von der menschlichen Ehre, und im Lager der Besiegenden soll ja die Ehre in ganz besonderem hohem Ausmaß stehen. Man hält es dort drüben für ganz selbstverständlich und ehrenhaft, daß jeder sich den in dieser Klasse herrschenden Anhäufungen unterwirft und die Stände und Bernsche reipstiert. Das gleiche aber dem Arbeitervolk zu zugestehen, daran denkt man nicht im Traume! Wer sich hier mit den Standesgenossen solidarisch erklärt, der ist, wenn auch diese Solidarität gegen das gebildete Privileg der Besiegenden richtet, ein schlechter Arzt, ein Rebell und Staatsfeind. Und wer von den Arbeitern sich beratiger Solidaritätsbildung nährt ansieht und damit den eigenen Standesgenossen in den Rücken fällt, deren und damit auch seine eigenen Interessen mit Rücksicht und sich damit zum Vertreter seiner eigenen Klasse, seines eigenen Standes proklamiert, der ist nicht etwa ein verächtlicher Mensch, sondern er soll noch obendrein den besonderen Ehren und die ganz besondere Achtung jener Gesellschaftsschichten, die so viel auf die Standesehrre und die Solidarität in den eigenen Reihen halten!

Diese widerständige Moral mit doppeltem Boden versteckt die Arbeiterschaft nicht. Und sie hat kürzlich im Bündner Simplizistum, einem Blatt, das den Schweizer und Mammondienern oft recht unverhohlen die Wahrheit geigt, ihre drastische Abstötigung in folgendem Vers erhalten:

Am Kriege war, den Rätseln führen,  
Erdrückt man jeden Deterient,  
Und selber fühlt ein menschlich Rühren  
Und gibt dem Lumpenhund Schör.  
Doch wer im Kampf ums Brod den Brüder  
Ehrfürchtlich in den Rücken fällt,  
Gilt bei den Kommen und den Niedern  
Als Staatsvertreter und als Held.

Das ist die Moral der bestehenden Klassen. Sie deckt sich mit ihrem denkwürdigen Ausdruck, wonach die Arbeiterschaft dem Staat ganz besonderer mächtige Elemente" sein sollen. Für eine solche "Moral" aber bedauert sich die Nassendewitz und auf ihre Ehre haltende Arbeiterschaft!

### Lohnbewegung.

Nach Rheinland-Westfalen muß legischer Zugang von Mälern und Lackierern hergestellt werden!

Ach Herdelegens i. d. Altmärk ist Zugang von Mälern, Lackierern und Aufreichen streng zu halten.

Zu Berlin befinden sich die Kollegen im Esterl Zugang ist fernzuhalten.

### Lackierer.

Tie Möbelfabrik Königs-Wiesenfeld zu Wilbertshofen-München sperrte ihre sämtlichen Lackierer aus. Die Fabrik ist für Lackierer gesperrt.

Siehe! Da in den Apollo-Werken noch nicht alle Lackierer eingekauft sind, wird vor Zugang gewarnt.

### Aus unserem Beruf.

Völlig verunglimmt. Der Maler Richard Heitmann aus Saarbrücken war in Borna bei Leipzig mit dem Kapitän eines Frachtschiffes bei den Rohstoffwerken beschäftigt. Am 18. Juli starb er ab und war sofort tot. Der Todesfall war verdeckt.

Die hässlich handelnde Säuberungsleitung der Allianz-Gesellschafter am 30. Juli in Erfurt abgeschafft. Verträge waren der Zahlstellen Frankenhausen, Eisfeld, Hainichen, Herbsleben, Sondersleben und Scheda, der Sachsen und die Unterhaupten von Erfurt. Beauftragter Gauz-Leipzig war einziger Mann nicht erreichbar. Die Tagesschaltung war über sehr wichtige und den Delegierten nicht zu einer reellen Sicherheit gestellt, was der ausgesetzte Schriftsteller erachtete. Um 10 Uhr heimittags wurde die Säuberung eröffnet und dauerte bis 4 Uhr morgens. Schriftsteller Z. war nicht die erledigten Kollegen willkommen und forderte alle Menschen auf, auch in Zukunft ihre Sicherheit in der Interesse der Organisation zu erhalten. Ein Lied der guten Seele zu singen. Den Delegierten Kollegen Berndt-Erfurt, als Schriftsteller "Friedrich Schröder-Hochschule" Spolka. Den Delegierten der Generalversammlung aus Sachsen-Anhalt im Interesse, ausgespielter Form. Diesem jedoch ein sehr wichtige Delegierten zu. Wenn auch die Säuberung der einzelnen Städte nicht die volle Sicherung auf der Generalversammlung gefunden haben, so wurde doch eifrig nachgefragt, bis die dort gefassten

Beschlüsse für die Organisation von weittragender Bedeutung seien. Durch die Einführung der Erwerbslosenunterstützung hofft man nicht nur die Fluktuation innerhalb unserer Organisation zu befehligen, sondern man hat auch die Gewissheit, daß der Agitationstrubel dadurch einen besseren geworden ist. Der Filialzuschlag auf die neue Beitragssatzung ist einstimmig mit 20 Pf. festgesetzt worden. Auch hat Apolda in der letzten Versammlung diesen Zuschlag gutgeheißen und angenommen, trotzdem über die Hälfte aller hiesigen Kollegen einen Stundenlohn von 41 Pf. bzw. 43–45 Pf. erhalten; sie verzichten auf die Vorklasse. Durch die leichte Aussperrung haben die Kollegen die Bedeutung einer vollen Kriegskasse sowie einer guten Filialkasse zu schätzen gelernt. Alle Kollegen standen auf dem Standpunkt, daß es nunmehr gilt, wahre Kasse bis 1916 auf die Höhe ev. noch höher zu bringen, wie sie vor der Aussperrung stand, um allen Möglichkeiten gewachsen zu sein. Beim Punkt "Agitation" entspann sich ebenfalls eine längere Debatte. Die Wünsche einzelner Delegierter der Zahlstellen, die mehr Aufklärungsarbeit für ihre Kollegen verlangen, sollen in weitgehendstem Maße berücksichtigt werden. Hier gilt es, einmal kräftig einzutreten, um die Kollegen zu Nassendewitz-Arbeitern heranzubilden. Weiter wurde bekannt gegeben, daß für den Bauarbeiterkongress in Leipzig ein Kollege der Filiale Erfurt als Kandidat aufgestellt sei. Aus der Diskussion hierüber ging jedoch hervor, daß keine Neigung bestand, diese Kandidatur zu unterstützen, da anscheinend bedeutenderweise persönliche Interessen zugrunde liegen. Durch die für den 1. Oktober d. J. angemeldete Amtesniederlegung der Kollegen Franke und Baumer sind wir in unserer Annahme noch bestärkt worden. Kollege Franke begründete diese Angelegenheit zwar auf anderer Grundlage. Er fühlte u. a. an, daß die Geschäfte unmöglich nebenamtlich erledigt werden könnten, wie es das Interesse der Organisation erfordere. Er stellt sich auf den Standpunkt, entweder die Zahlstellen von Erfurt abzusuchen, oder Erfurt möge sich ganz der Filiale Gotha anschließen, es wäre schwer, die geeigneten Kollegen auf längere Dauer zur Weiterführung der Filialgeschäfte zu bekommen. Kollege Hochstein erklärt, daß die Filialkonferenz nicht kompetent dazu ist, über die Frage eines Vorstehenden für Erfurt zu entscheiden, die Erfurter Kollegen haben ihm das Vertrauen gegeben, folglich sei es Pflicht, eine der nächsten Versammlungen für die Zukunft entscheiden zu lassen. Dasselbe trifft auch für den Nassierer zu. Es wurde demgemäß beschlossen. Der Geist der Versammlung war ein recht fröhlicher; möge er in ausgiebiger Weise in die Reihen der Kollegen getragen werden zum Nutzen unserer Organisation. Kollegen, auf zu neuer, fröhlicher Arbeit!

Der Zentralverband christlicher Maler Deutschlands beruft seine 7. ordentliche Generalversammlung zum 31. August d. J. und folgende Tage nach Köln ein. Zur Lageordnung steht u. a. auch die Frage der Erwerbslosenunterstützung.

Der Gewerbeverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands beruft zum 15. Februar 1914 eine außerordentliche Generalversammlung nach Berlin ein.

### Aus Unternehmertreisen.

Der Vorgesetzte der Scharfmacher über die Ausstellung der Generalkommission auf der Internationale Bau- und Ausstellung in Leipzig kennt keine Grenzen. So bringt die in Hannover erscheinende "Deutsche Bauhütte" folgende Antwortung der Zeitung der Ausstellung:

"Für das wichtige Kapitel Lufsfahrtshütung gibt es in der wissenschaftlichen Abteilung der Ausstellung nicht viel Material, denn man infolgedessen große Aufmerksamkeit wünschen will. Nicht dabei haben die freien Gewerkschaften ein großes Haus erbaut, das über und über mit Schnürgittern versehen äußerlich recht leicht host ist.

Als merkwürdig aber mag man es bezeichnen, wie die Ausstellungssleitung, die sonst jeden Industrieaussteller mit Paragraphen und Androhungen zu gängeln scheint, der sozialistischen sozialistischen Agitation Schutz und Ansehen gibt. Zu jeder der Räumlichkeiten ihres ausgeführten Hauses findet man große Tafeln und ausgelegte Schriften, die oft unter grober Einschätzung der Tatsachen für den Holzarbeiter-, Bauarbeiter-, Zimmerer-, Straßenarbeiter- u. w. Verbund Rettame machen, Tafeln, an denen die Programmforderungen der Verbände in großen Lettern jedem Besucher in die Augen springen, Tafeln der Lohnkämpfe und ihrer vermeintlichen Erfolge. Eine umfangreiche Dokumentation, Schriften liegen zur Einsichtnahme aus."

Es wird dann weiter ausgeführt, daß neben vielleicht wundergünstigen Bauhuden, Leinen und Gerüsten keine Arbeiterschaftsgelehrte als im höchsten Grade engagiert hingestellt wird.

Wie die Gewerkschaften die Ausstellung zur Agitation benutzen, dafür wird erwähnt: "ein Platz: „Im Namen der hierherkommenden unserer Berufskollegen, die von der Räumung erzögten sind, der tausende Kollegen, denen die gesuchten Güter zerstört, im Namen sämtlicher Arbeiters an Holzbearbeitungsmaschinen erheben wir unsere Forderung!" Und auf einem danebenstehenden Schild die prahlisch undurchdringlichen Forderungen des Verbandes einzeln aufgeführt:

Auswüchse der Gewerkschaftsstellung schließen Ausstellung zu befechten.

Das Organ des Dresdener Innungsausschusses drückt die Forderung aus:

Wir glauben gerne, daß jede Propaganda für verbreitete Sorgen der Beamter als "Auswüchse" bezeichnet wird. Aber gerade die zahlreichen durch unschuldigen Beamtenbedarf herbeigeführten Unzulänglichkeiten bei denen viele brave Arbeitern, teilweise Familienväter, Leben und Gesundheit eingespielt haben, zeigen die ganze Trägheit und Unverantwortlichkeit dieser Geschäftsführung in größter Bedeutung.

### Als Retter des "Handwerks"

wurde in der letzten Sitzung des Regensburgsburger Gemeindeskollegiums, wie man uns berichtet, der Malermeister Härtl enttarnt. Unbegreiflicherweise war der bessere Handwerksmeister von seinen liberalen Funktionstöchtern seinerzeit in den Sozialen Auschuss gewählt worden. Aber, er spielte so schlau, als es niemand von ihm erwartet hätte. Handelte es sich um Forderungen für seine Freunde vom Hausesbesitz, dann wurde er warm, standen Forderungen für die Arbeiterschaft zur Beratung und Beschlusffassung, so war er auch nicht salt. Und galt es dem bedrückten Handwerksmann Trost zu bringen, dann stand Härtl natürlich erst recht vorne an. Freilich, die weit größere und sicherlich auch wahrste Liebe brachte er der Pflege seines Malergeschäfts entgegen. Herr Härtl kannte eben keinen Stolz und nahm die Aufträge eben da, wo sie sich ihm einfach boten und wenn es auch Lasterarbeiten waren.

Soweit wäre die Geschichte also gut gegangen. Da aber kam eines Tages die Maler anlässlich einer Aussperrung. Der "Sozialpolitiker" Härtl war nicht nur einer der älteren, die die Malergesellen auszulasten wußten, sondern er schürte das Feuer auch bei seinen Kollegen, die anfänglich etwas unschlüssig waren. Er war ganz genau von allem Anhang an darüber unterrichtet, daß ihm das Wasser nicht stark in die Kleide laufen werde. Unter den Malergesellen gab es doch auch noch Unorganisierte, für die sich Härtl bald in einer Weise ins Mittel legte, daß selbst der höchste Orden von den Gelben als noch zu gering für seine Dienste betrachtet werden müssen. Härtl hatte sich nicht einmal entblödet, unorganisierte Leute auch noch an andre, allerdings ihm ungesährliche Konkurrenten zu verleihen. Von diesem Zeitpunkt ab war er für die Arbeiterschaft so gut wie erledigt. Erst in der Gemeindeskollegiumssitzung vom 18. Juni wurde so richtig gezeigt, was Härtl eigentlich als "Handwerksretter" wert sei. Herr Baumer bezeichnete ihn als den größten Konkurrenten der Innung, der auch noch andern ins Gewerbe pfusche. Seine Freunde versuchten in der Sitzung vom 9. Juli eine energische Rettungssaktion. Herr Schräder verfasste Ausführungen von der Direktion des Elektrizitätswerkes und vom Stadtbauamt, aus denen hervorging, daß Härtl bei der Vergabe von städtischen Malerarbeiten in den Jahren 1910 bis 1913 Meistbaudachter war. Dazu verteidigte sich Härtl in eigener Person mit der Bemerkung, es sei nicht richtig, daß er ein förmliches Monopol für die Arbeiten des Elektrizitätswerkes hatte und folgte daß schöne Belohnung an, daß er während der Aussperrung mehrere Innungskollegen mit unorganisierten Arbeitern versorgte. Baumer erwiderte, Härtl sei in der Führungssitzung ebenfalls die Meinung gesagt worden. Was er (Baumer) in der letzten Gemeindeskollegiumssitzung vorgebracht habe, davon nehme er heute nichts zurück. Härtl habe die Malergesellen anlässlich einer Aussperrung veranlaßt. Dabei habe Härtl zu Bauamtsassessor Schipper gesagt, er möchte die Arbeiten haben, die übrigen Malermeister können ja ohnehin nicht in Betracht, weil sie keine Gehilfen hätten. Die besseren Arbeiten habe noch immer Härtl und nicht die Malerinnung gemacht. Eine solche einseitige Vorzugung könne nicht mehr gebuhlt werden. Wunderlich: Härtl habe es gut verstanden, sich als "Retter seiner Berufskollegen" auszuspielen und dabei zuerst an sich zu denken. Die ganze Sache werfe ein großes Licht auf die Maleraussperrung, bei der sich Härtl als der größte Scharfmacher erwies. Mit dieser Aussperrung habe Härtl die besten Geschäfte gemacht. Härtl bestritt hierauf die von Baumer in den Mund gelegte Anerkennung an Schipper. Nicht ein einziger Malermeister werde sagen können, er (Härtl) sei der Scharfmacher gewesen. Schräder: Die Frage, ob Härtl bei der Aussperrung recht oder nicht recht gehandelt hat, komme hier gar nicht in Betracht. (Ohne!) Das wichtigste wäre, wenn die Mitglieder der städtischen Kollegien überhaupt auf städtische Arbeiten verzichten würden. Wunderlich entgegnet, die Aussperrungsangelegenheit sei in der magistratischen Antwort an das Gemeindeskollegium ja ausführlich erwähnt. Das wäre ein Scharfmacher gewesen, der Härtl ein Scharfmacher sei, zeigt am besten der Umstand, daß er die Schiedssprüche habe ablehnen helfen. Justizrat Schlegel: Auch das Zentrum stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß Angehörige der städtischen Körperpersonen von städtischen Lieferungen ausgeschlossen sein sollen. Härtl sei wiederholt, wie Wunderlich richtig betont habe, als Handwerksretter mit Anträgen im Kollegium herbeigetreten. Härtl habe tatsächlich einen Vortrag im Elektrizitätswerk gehabt. Held: Härtls heutiges Verhalten siehe in einem gegenüberstehenden Verhältnis zu seiner sonstigen Handwerksretterei. Härtl erwiderte, das Ganze sei eine gemeinsame Feste gegen ihn. Darauf warts Baumer dem Härtl vor, er habe Arbeiten angenommen, die nicht einmal in sein Fach einschließen. Vor der Gemeindewahl habe man über die Vergabe der städtischen Arbeiten zu den Handwerkern recht schön gesprochen. Härtl dürfe in seiner Eigenschaft als Gemeindebevollmächtigter ein Vorrecht nicht erwachsen. Mit Genugtuung stellen wir noch das Geständnis des Schlußredners Rügning fest, daß er das Verhalten Härtls gegenüber den organisierten Maler- und Lackierern keineswegs billige. Wie viele viele "Handwerksretter" mag es übrigens geben, von denen man sagen kann: An ihren Früchten soll ihr erkennen!

### Baugewerblisches.

Der Bauarbeiterkongress in Leipzig und Umgegend.

Bei der Frühjahrskontrolle, die durch die Bauarbeiterkongresskommission vorgenommen wurde, zeigte sich wiederum, daß eine Besserung nicht eingetreten ist. Die Kontrolle ließere zahlreiches Material, wie gewisslos von einzelnen Unternehmen mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter gespielt wird. In diesem Jahre ist schon eine bedeutende Zahl von Unfällen zu verzeichnen, zum Teil mit tödlichem Ausgang. Es scheint, als ob das Jahr 1913 trog geringerer Bauaktivität 1912 an Unfällen übertreffen will. Schätzungen beim Überhandmessen waren bei 50 Proz. der kontrollierten Unternehmen

nicht vorhanden, so daß beim geringsten Anstoß oder Fehlritt eines Arbeiters ein Sturz aus 10–15 Meter Höhe unvermeidlich ist, wenn da die nötigen Schutzvorrichtungen fehlen. Es erweckt den Anschein, als ob ein Teil Unternehmer und Poliziere es sich zum Prinzip gemacht haben, alle Vorschriften, die den Schutz des Arbeiters betreffen, abschlich zu missachten.

Es ist selbstverständlich, daß der Gerüstbau im großen ganzen mangelhaft, meistens aber ungenügend ist, ebenso ungenügend ist auch die Durchführung der anderen Schutzbestimmungen. So waren bei 181 Bauten die Baubuden in 23 Fällen im Keller untergebracht, 72 Baubuden waren nur aus Brettern hergestellt, so daß der Wind durch alle Löcher pfeift. Es ist gar kein Wunder, wenn die Krankenziffer der Bauarbeiter ständig zunimmt, wenn die Arbeiter während der Pausen ihre Mahlzeiten in nassen und feuchten Löchern oder sogenannten Lufträumen einzunehmen müssen.

In hygienischer Hinsicht liegt ebenfalls vieles im Verzug. In 119 von 181 Bauten waren Spucknäpfe nicht vorhanden, ebenso war Waschgelegenheit in 152 Fällen nicht vorhanden. In 98 Bauten waren in den Etagen keine Urineimer aufgestellt, auf 10 Bauten war kein Abort vorhanden. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß, wenn die Baustellenkontrolle seitens der Behörden nur etwas energetischer durchgeführt würde, diese Zustände bestehen und sich sogar noch vermehren könnten. Von allen Seiten werden der Bauarbeiterkundskommission Beschwerden gebracht, kaum zehn Prozent der Bauten sind in bezug auf die Schutzbestimmungen eingemessen in Ordnung. Wenn hier die Behörden nicht in der Lage sind, Abhilfe zu schaffen, so werden die Arbeiter dazu gebrängt, durch die Selbsthilfe eine Besserung zu erreichen und die Arbeiterorganisationen müssen eben in anderer Weise eingreifen als bisher.

Auf Vermöllung der Generalkommission der Gewerkschaften ist am 11. und 12. Juni im ganzen Reich eine allgemeine Baustellenkontrolle vorgenommen worden. Diese Kontrolle erstreckte sich auf den Gerüstbau, Materialtransport, Staubverhinderung, Trinkwasser, behördliche Überwachung, Beschaffenheit der Baubuden, Verbandslasten, Beschaffenheit der Aborten usw.

In Leipzig wurden 147 Bauten kontrolliert, an denen 3199 Arbeiter beschäftigt waren. Hierbei hingen an 17 Bauten die Unfallverhütungsvorschriften nicht aus, 53 mal waren die behördlichen Schutzbestimmungen nicht ausgehängt. Auf 96 Bauten war das Gerüst ungenügend versteift, bei 84 Bauten war ungenügendes Gerüstmaterial vorhanden. In 36 Fällen war das Gerüst, unter dem gearbeitet wurde, nicht genügend abgedeckt, an 53 Gerüsten war kein Schutzgelaender, an 70 keine Sodabretter angebracht. Nur an 16 Bauten waren Schnizergerüste für Maler, Klempner- und Dachdeckerarbeiten vorhanden. Bei 6 Bauten fehlte das Trinkwasser. Nur 42 Bauten wurden durch die Baupolizei mehrere Male kontrolliert. Der beste Beweis, daß die behördlichen Kontrollen ganz ungenügend sind, und die Arbeiter alles daransetzen müssen, eine bessere Kontrolle zu erreichen.

Die Beschaffenheit der Baubuden zeigte höchst traurige Bild wie früher. 19 Buden waren nicht lösbar, 11 hatten keine Fenster, bei 25 waren die Fenster nicht zu öffnen. Bei 21 Baubuden war kein Fußboden vorhanden, 42 hatten keine Tische, in 20 Buden war Baumaterial gelagert. Nur in 30 Buden war ein Ofen zum Anwärmen der Speisen vorhanden. In 17 Fällen war der Raum viel zu klein, so daß die Arbeiter im Freien ihre Mahlzeiten einzunehmen mußten; auf 16 Bauten war kein Verbandszeug vorhanden. In 44 Bauten war die Anleitung zur ersten Hilfeleistung nicht ausgehängt. An 34 Aborten waren keine Türen und 117 hatten keinen Fußboden. In 27 lourte von allen Seiten hineingesehen werden, in 19 Fällen war kein Dach vorhanden. 45 Aborten hatten keine Täfer, sondern nur Gruben, 110 Aborten wurden nicht desinfiziert. Bei 74 Bauten waren keine Pissotanlagen vorhanden, in 89 Fällen waren in den Etagen keine Urineimer aufgestellt worden.

Nur die größten Verstöße sind hier angeführt. Gerade in der Zeit, wie gegenwärtig, wo die Baukonjunktur eine sehr geringe ist, sollte man meinen, daß die Bauarbeiterbeschaffungen besser durchgeführt würden, denn an Arbeitskräften ist kein Mangel. Es ist bedauerlich, wenn man beobachtet, daß Hunderte von Arbeitslosen an einer Baustelle wöchentlich anfragen, ohne Arbeit zu erhalten, und den in Arbeit stehenden Leuten läuft man nicht soviel Zeit, ordentliche Gerüste zu bauen oder einzurichten, den Verhältnissen entsprechende Unterkunftsraume zu schaffen.

Es gibt einen Teil Unternehmer, die nicht wünschen, daß bei ihnen schlechte Gerüste gebaut werden oder daß willkürlich gegen die gesetzlichen Bauarbeiterbeschaffungsbestimmungen verstochen wird, und trotzdem sind auch bei diesen Verstößen zu verzeichnen. Woher kommt das? Durch die Herren Poliziere. Die Poliziere, die ja in Wirklichkeit auch nur Arbeiter sind, sich aber vielfach als Antreiber herausgebildet haben, machen sich Rechte an, die ihnen in keiner Weise zustehen. Sie sind es, die den Arbeitern keine Minute Ruhe gönnen, sie sind es auch, die den ganzen Tag hinter den Arbeitern stehen und sie zur äußersten Kraftanstrengung antreiben. Hunderte von Fällen könnten hier angeführt werden als Beweis, wo Poliziere in der rigorosesten Weise mit den Arbeitern verfahren. Diesem Treiben kann die gesamte Bauarbeiterchaft auf die Dauer nicht zuhören.

Auch bei dieser Kontrolle wurde unsrigen Leuten der Nutzen auf elf Baustellen verweigert.

An den Bauarbeitern liegt es, sich anzutasten und sich daran zu erinnern, daß sie Menschen sind und als solche Rechte besitzen. Dann wird es auch den Polizieren klar werden, daß sie ihre Macht auf die Dauer nicht zum Schaden der Arbeiter auszuüben können. R. R.

auch in Deutschland eine große Reihe eiszeitlicher Gesteinsmaterialien gewonnen werden. Die wichtigsten Steine sind: Granit, Gneis, Diorit, Diabas, Basalt, Sandstein, Dolomit, Muschelkalk, Dolomit, Travertin, Marmor, Porphyrtuff, Basaltluff usw. Zur Ausstellung gelangten mehr als 200 Mustersteine. Die Granitplättchen zeigen die verschiedenen Farben, sie sind alle geschnitten und poliert. In der Verarbeitung des Gesteins dürfte wohl Deutschland eine führende Stellung einnehmen. Das ist nur möglich, weil im Niederrheinischen Gebiet ein vorzüglich eingearbeiteter Arbeiterstamm vorhanden ist. Die ausgestellten Sorten des Muschelkalkes zeigen uns, wie groß seine Verwendungsmöglichkeit ist. Das Material hat eine schöne blaue Farbe und für den Steinmetzen wenigstens den Vorteil, daß er nicht so gesundheitsschädlich wirkt wie Sandstein. An die 50 Marmorarten, mit Ausnahme von zehn Proben, die aus Deutsch-Südostafrika stammen, geben uns ein anschauliches Bild, daß Deutschland an diesem Material ebenfalls keinen Mangel hat. Die Auswurfsmassen einiger erloschener Vulkanen aus dem Hessischen und der Eifel werden ebenfalls gezeigt, es handelt sich um die recht widerstandsfähigen Basaltluffe. Die Ausstellung wird auch den Steinbruchbesitzern zeigen, daß die organisierten Arbeiter ebenfalls ein Interesse daran befinden, wenn gegen die künstlichen Materialien angespielt wird. Die Ausstellung, die eine recht anschauliche Art repräsentiert, dürfte für die Fachleute das größte Interesse beanspruchen. Der Steinarbeiterverband wiederum mit dieser Ausstellung die Behauptung vieler Unternehmer, daß die Verhänder kein Interesse für die Industrie zeigen.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

**Arbeitslosigkeit.** Große Arbeitslosigkeit wird von Berlin berichtet. Auf dem paritätischen Arbeitsnachweis der Holzarchitekten hatten sich allein am 11. Juli 4727 Arbeiter als beschäftigungsfrei einzzeichnen lassen. Auch in Breslau machte sich schon vor längerer Zeit im Baugewerbe große Arbeitslosigkeit bemerkbar. — Der Münchener Magistrat hat, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, beschlossen, das Stadtbauamt zu beauftragen, sofort Arbeitsgelegenheit bereitzustellen. Ferner soll an das Verkehrsministerium eine Eingabe gerichtet werden, in der unter Hinweis auf die große Arbeitslosigkeit gebeten wird, daß die Umbauten für den Münchener Hauptbahnhof, für die der Landtag bedeutende Mittel genehmigt hat, und deren Ausführung bisher nur in sehr geringem Maße aufgenommen wurde, in dem durch die bestehende große Notlage gebotenen größeren Umfangs jogglich in Angriff genommen werden. Lehnsche Gesuche sollen auch an die übrigen Ministerien gerichtet werden, besonders an das Kriegsministerium im Hinblick auf die infolge der Bevölkerung der Wehrvorbereitung in Aussicht stehenden notwendigen Kasernen-Erweiterungs- und -Neubauten. Bei den städtischen Arbeiten sollen in erster Linie Arbeiter berücksichtigt werden, die in München heimatberechtigt sind oder das Bürgerrecht haben.

Eine Arbeitslosenzählung hat das Kartell in Leipzig am 30. Juni veranstaltet. 30 Gewerkschaften haben sich daran beteiligt und insgesamt 73 273 Mitglieder. Davon waren arbeitslos 2985. Von den Malern waren 180, 199 Brotz. Arbeitssuchende. Immer mehr machen sich die Erscheinungen bemerkbar, die auf eine erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur hindeuten.

**Die Kölner Versicherungskasse gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit** hatte am 1. Juli ihre zweijährige Versuchszeit beendet. In dieser Zeit hat sich ergeben, daß die Berechnung der Beiträge, die sich mangels anderer Unterlagen lediglich auf das Material der Gewerkschaften stützen mußte, zutreffend war. Die Kasse schließt ihre Probezeit mit einem günstigen Ergebnis ab. Sie verfügt heute über einen Vermögensbestand von 100 000 M., den zu erreichen allerdings nur durch den städtischen Zuschuß von 114 000 M. in den zwei Jahren möglich war. Unmittelbar Versicherte hatte die Kasse vor 195, die aber trotz der höheren Beiträge mehr an Unterstützung erforderten, als sie einzahlen. Ihren Beiträgen mit 4094 M. standen 5683 M. Unterstützung entgegen. Weit günstiger gestaltete sich das Verhältnis bei den Rückversicherten, bei denen eben nicht nur die schlechten Risiken versichert sind. Die Gewerkschaften stellten insgesamt 10 500 solcher Rückversicherten und zahlten dafür 29 104 M. Beiträge, bezogen aber nur 14 138 M. an Unterstützung. Der Nebenzuschuß wird aber nicht dauernd in solcher Höhe bleiben, da mit den Jahren, bei gleichbleibenden Beiträgen, eine Steigerung der Unterstützungsfülle eintreten und das erste Jahr als Kartenzeit gilt, also die Ausgaben sich nur auf die halbe Zeit erstrecken. Da aber ja ein dauernder Zuschuß der Stadt Köln zur Verfügung steht, ist das finanzielle Ergebnis der zwei Versuchsjahre immerhin derart günstig, daß jetzt eine Ermäßigung der Bezugsbedingungen vorgenommen werden könnte, indem die Kartenzeit von 52 auf 20 Wochenbeiträge herabgesetzt wird. Dann wurde auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Zahl der Gefahrenklassen von drei auf vier erhöht. Die Gewerkschaften zahlen pro Mitglied und Woche 2, 5, 10 oder 15 Pf. und erhalten pro Tag und Fall 120 M., höchstens aber im Jahre 72 M. Die Bereiche der vierten Gefahrenklasse (besonders Bauarbeiter und Saisonberufe) erhalten in den ersten 52 Wochen der Bezugsberechtigung nur 1 M. pro Tag. Bedingung ist jedoch bei allen angeschlossenen Vereinen, daß ihr Unterstützungsatz um mindestens 25 Pf. höher ist als der Erstattungssatz. Wollen sie also diesen Zuschuß voll ausnutzen, müssen sie selbst mindestens 145 M. (bei den Bauarbeiter 125 M.) pro Tag zahlen. Die Mitglieder erhalten dann also 265 M. Über 3 M. pro Tag darf jedoch die gesamte Unterstützung nicht betragen.

Selbstversicherer zahlen pro Woche 10, 20, 35 oder 45 Pf., wenn sie auf 150 M. während der ersten 20 und 75 Pf. während der weiteren 40 Unterstützungsstage rechnen. Bei 15, 30, 50 und 60 Pf. erhalten sie 2 M. bzw. 1 M.

Gleichzeitig mit der Neuordnung der Verhältnisse bei dieser Kasse hat deren Vorgängerin, die Stadt-Wahlkreisversicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im

Winter, ihre endgültige Auflösung beschlossen. Ihr Vermögen, das am 1. April dieses Jahres 150 222 M. betrug, geht fast ganz auf die neue Kasse über, so daß diese jetzt auch für außergewöhnliche Vorfälle gewappnet ist.

**Steigerung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.** In den einzelnen Gegenden Deutschlands macht sich in den verschiedenen Berufen eine immer höhere Arbeitslosigkeit bemerkbar. So haben die Textilarbeiter in Ronneburg S.-A. neuerdings eine Zählung der Webstühle und eine Prüfung darüber vorgenommen, wie sie belegt sind. Dabei stellt sich heraus, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig den höchsten Stand erreicht hat, der je zu verzeichnet war. Ende 1912 wurden 1112 Webstühle gezählt, deren Zahl sich durch Neuaufstellungen auf 1118 steigerte. Am Januar 1912 waren 840 Stühle mit Rente bezogen, 272 standen leer. Im Oktober 1912 hob sich die Zahl der belegten Stühle etwas, sank aber im Dezember auf 795. Im ersten Quartal 1913 machte sich wieder ein Steigen bemerkbar, sodass im März wieder 846 Stühle belegt waren. Dann ging es stark abwärts. Am Juni waren 648 Stühle belegt und 140 standen leer, Anfang Juli war aber die größere Hälfte mit 626 leer und nur 192 Stühle waren belegt. Naturgemäß sank auch die Zahl der Beschäftigten entsprechend und die Fabrikanten machen es sich noch einfacher leicht, als sie auch die Beschäftigten noch tagelang auf Material warten lassen. Die Arbeiter machen den Versuch, diesen übeln Zustand etwas auszugleichen und baten die Fabrikanten um Freigabe des Sonnabendnachmittags. Der Wunsch wurde abgelehnt: wahrscheinlich steht dahinter der Sachsen-Thüringische Webereiverband, der seinen Mitgliedern einfach verbietet, mit den Arbeitern Verhandlungen zu treffen. Man fürchtet, daß der freie Sonnabendnachmittag eine dauernde Einrichtung werden könnte.

**Der Streit in der Zichorienfabrik J. G. Weiß in Frankenförde bei Stettin** ist nach 14wöchiger Dauer beigelegt worden. Es ist den Betreibern der streikenden Arbeiter gelungen, die ausgestellten Forderungen zum größten Teile durchzusetzen. Teilweise wurden die Forderungen über alle Erwartungen hinaus aufgebessert. Auch bezüglich der Wiedereinstellung der Streikenden wurden von der Firma bestimmte Zusicherungen gemacht. Verabredungsgemäß sollte die Hälfte der Streikenden eingestellt werden; es wurden aber bereits dreiviertel der Ausständigen wieder eingestellt. Der über die Produkte der Firma Gebr. J. G. Weiß verhängte Boykott ist aufgehoben.

**Der Tarif für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker** läuft am 31. Dezember d. J. ab. Die im Verband der Lithographen und Steindrucker organisierten Chemigraphen und Kupferdrucker haben sich auf zwei Konferenzen, zuletzt am 15. Juli in Berlin, mit dem Ablauf des Tarifes bzw. mit Abänderungsanträgen zu diesem befaßt und die Anträge Ende Juni beim Kartellamt eingereicht. Da auch von Unternehmenseite Anträge auf Abänderung des Tarifes gestellt worden sind, aber eine Kündigung des Vertrages von seiner Seite vorliegt, finden am 4. August d. J. in Berlin die Verhandlungen des Tarifausschusses zur Beratung der vorliegenden Anträge statt.

**Der Tabakarbeiterverband im Jahre 1912.** Es gibt wenige Organisationen, die mit so ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie der Tabakarbeiterverband. Da ist zunächst die eigenartige Produktionsweise, die es den Unternehmen erlaubt, mit ihren Betrieben leicht den Ort zu wechseln, so daß die Tabakindustrie in ihren alten Produktionsgebieten rapide abnimmt und sich mit Vorliebe in den entlegensten Dörfern festsetzt. Es haben Unternehmer bis zu 40 und 50 Filialbetriebe. Ferner spielt die sehr starke Vermehrung der Frauenarbeit, die ausgedehnte Heimarbeit und nicht zuletzt die sichere, drückende Steuergesetzgebung eine bedeutende Rolle. Während allgemein seit ein paar Jahren eine günstige Geschäftskonjunktur herrscht, liegt die Zigarettenindustrie völlig daneben und Not und Entbehrung bei den Tabakarbeitern sind größer, als sie es unter dem ersten Eindruck der Betrachter, die bekanntlich 1909 geschaffen wurde, waren. Man kann sich also einen Begriff davon machen, was es heißt, unter solchen Umständen gewerbliche Erfolge zu erzielen.

**Das Jahr 1912 ist in der Entwicklung des Tabakarbeiterverbandes nicht bedeutungslos.** Auf der im Mai in Hamburg stattgefundenen Generalversammlung wurde die Verschmelzung mit dem Sortiererverband vollzogen. Den letzten Anstoß dazu hat zweifellos die große westfälische Aussperrung gegeben. Es traten 286 Mitglieder des Sortiererverbandes über. Trotzdem ist die Mitgliederzunahme im allgemeinen als ungünstig zu bezeichnen, denn es betrug einschließlich der Neugekommenen nur 1762, so daß eigentlich eine Abnahme zu verzeichnen ist. Bei der großen Arbeitslosigkeit und dem umfangreichen Ausleihen ist das kein Wunder, mußten doch tausende Tabakarbeiter mit einer Verdiensteinräumung, oft um die Hälfte ihres länglichen Lohnes, sich behelfen. Der Verband zählte am 31. Dezember 1912 in 483 Zählstellen 37 211 Mitglieder, darunter 18 053 weibliche. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist an sich zwar recht statlich, müßte aber, da etwa 2/3 der Beschäftigten Frauen sind, bedeutend größer sein.

**Der Sortiererverband brachte der Kasse des Tabakarbeiterverbandes 18 242 M. zu,** die Generalkommission ansächsische westfälische Aussperrung noch 356 595 M. Einschließlich eines Bestandes vom Vorjahr in Höhe von 230 716 M. war die Gesamteinnahme 1 529 685 M. Die Mehrzunahme an Beiträgen betrug gegen das Vorjahr 64 688 M. Die Ausgaben betrugen insgesamt 1 422 992 M., so daß am Jahresende ein Bestand von 106 693 M. verblieb. Ausgegeben wurden u. a. für Gemeinregeltenunterstützung 199 427 M., für Streiks und Lohnbewegungen 379 731 M., für Streiks in andern Gewerkschaften 800 M., für Arbeitslosenunterstützung 166 373 M., für Krankenunterstützung 241 311 M. Die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung haben sich im letzten Jahre ganz bedeutend gezeigt, was auf die ungünstigen Erwerbsverhältnisse in der Tabakindustrie zurückzuführen ist.

Obgleich der Verband mit so außerordentlich ungünstigen Berufsverhältnissen zu kämpfen hat, hat er im Jahre 1912 doch noch ansehnliche Erfolge auf dem Gebiete des Lohnkampfes errungen. Zunächst spielte noch der große Kampf des weissfälischen Premer und Hamburzer Lohnkampfes in das Geschäftsjahr hinein. Nach Beendigung des Kampfes galt es nicht nur im Kampfgebiet, sondern überall vorwärts zu drängen. So hatte der Verband denn auch nicht weniger als 215 Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewegen, die sich auf 1396 Betriebe mit 33 545 beteiligten Arbeitern (davon 16 038 weibliche) erstreckten. Mit vollem Erfolg konnten davon 96 Bewegungen in 622 Betrieben mit 12 363 beteiligten Arbeitern beendet werden, mit teilweise Erfolg 130 Bewegungen in 691 Betrieben mit 29 531 Arbeitern; einen Misserfolg hatten 19 Bewegungen in 23 Betrieben mit 6 19 beteiligten Arbeitern. Von den 215 Bewegungen waren Angriffsbewegungen ohne Streit 189, mit Streit 29, Abwehrbewegungen ohne Streit 10, mit Streit 8, während 9 Ausperrungen zu verzeichnen waren. Es gelang dem Verband, in 59 Fällen für 197 Betriebe mit 1722 Arbeitern neue Tarifverträge abzuschließen, so daß am Ende des Berichtsjahrs 270 Tarifverträge für 1054 Betriebe mit 6 995 Arbeitern bestanden. Durch diese Maßnahmen erhielten 1 093 Arbeiter eine Erhöhung ihres Wochentlohnens im Gesamtbetrag von 15 091 M., außerdem wurde für 821 Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit um zusammen 1604 Stunden verkürzt.

Die unanständige Lage in der Zigarettenindustrie hat sich im Jahre 1913 noch verschärft; die Anforderungen an den Verband für Arbeitslosenunterstützung sind weiter erheblich gestiegen, so daß das in Hamburg im Mai 1912 beschlossene Statut — soll nicht der Kampfcharakter des Verbandes leiden —, nicht gehalten werden kann. Demnach findet ein Verbandstag statt, der über erforderliche Veränderungen entscheiden soll. Für die Tabakarbeiter und ihre Organisation kommen erst jetzt die unbestimmten Folgen der Weltkrise zum vollen Ausdruck; nun dagegen zu wehren, ist schon mit Mühe auf die jüngste trostlose Lage der Tabakarbeiter nötig.

#### Zu den Werkarbeiterstreiks.

Auf den Werken in Bremerhaven sind die Arbeiter auf einen Verhandlungsbeschluß hin am 25. Juli ausständig geworden. Die christlichen Organisationen haben beschlossen, mit den dortigen Betriebsräten in der schwindenden Rohstofffrage zu verhandeln. Die Unternehmer haben das aber abgelehnt. Daraus ist nun der Zusammenhang auch hier unvermeidlich geworden.

Die Arbeiter des technischen Betriebes des Bremer & Sohn in Bremerhaven haben ebenfalls in der Frage über die Arbeitszeitstellung Stellung genommen. Eine Abstimmung darüber ergab 1019 für und 153 gegen die Arbeitszeitstellung. Die nach den Verbandsstatuten erforderliche Mehrheit ist also nicht erreicht. Die Arbeit wird dennoch im Stundbetrieb nicht eingehalten, die Betriebsleitung hat den Arbeitern definitive Zusagen gemacht, darauf ist die Zustimmung erzielt.

In Einzelsachen wurde am Freitag ebenfalls der Streit beschlossen, die Arbeiter der Firma von Körner & Co. in Einzelsachen hatten sich durch ihre örtliche Betriebsleitung ebenso wie die der andern Werften an der Unterwerfer in Bremerhaven und Geestemünde bei Zeelendorf, Zeeck und Rüsch und des Premer Bunkers in Begegnung mit den Betriebsleitungen in Verbindung gesetzt, um über ihre von ihnen eingereichten Forderungen eine Verständigung herbeizuführen. Die Unternehmer zeigten zum Teil Geneigtheit für eine Friedliche Verständigung, konnten aber, wie versichert wurde, noch keine bindende Zusage machen.

Am Samstag, den 24. Juli, tagte in Hamburg eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Schiffsarbeiter Deutschlands. Nach eingehender Debatte, die sich mit den Verhältnissen auf den Schiffswerften und der Lage des gegenwärtigen Streits beschäftigte, wurde eine Resolution angenommen, die erläutert, daß die auf den See- und Flusswerften vorgetragene Arbeitszeitstellung als eine juristisch unbedeutende zu betrachten ist. Das Verhalten des Zentralvorstandes zur Werkarbeiterbewegung muß, da es schriftlich als richtig zu gelten hat, anerkannt werden. Da zumindest der äußerst schwierigen Lage unseres Verbandes und in Anbetracht der weiteren Entwicklung, daß weitere Mitglieder durch das Vorgehen der Mitglieder anderer Organisationen bei diesem Kampfe in Mitleidenschaft gezogen sind, erläuterte die Generalversammlung, daß weitere freikämpfende Mitglieder in diesem Falle die volle Unterstützung zwecks wünschen.

Außerdem wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Generalversammlung beschließt, daß die Forderungen für die Dauer des Streits auf den Seeschiffwerften für jede Woche 1 M. pro Mitglied an die Betriebsräte abzugeben. Die Art der Erhebung bleibt dem einzelnen Betriebsrat überlassen.“

Neben der Generalversammlung Hamburg des Zentralen Kettlaxarbeiterverbandes beschloß hier am Sonnabend des 25. Juli die erste Betriebsversammlung angespannt, haben die übrigen Betriebsversammlungen ebenfalls die erste Unternehmung einzuleiten. Der Unternehmer Arbeitszeit, der bisher jetzt Werken gegeben hat, erhält jetzt ebenfalls, Streitpunkt zu bestimmen.

#### Arbeiter, verlieren die Sicherheit!

Abgesetzteröffentlicher Verbandsstag der Metallarbeiter der Sektion des Metallarbeiterverbandes besteht für den 5. und 6. August einen außerordentlichen Sitzungsraum nach Berlin in das Gewerkschaftshaus der Tiefenbachstraße. Der Verbandsstag bildet einer Versammlung des Betriebsarbeiterverbands. Die Delegierten sollen freien im ganzen Betriebsgebiet am Sonntag den 4. August, am Donnerstag 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr sein.

## Arbeiterversicherung.

**Starke Zunahme der Betriebsunfälle im Jahre 1912.** Jahr für Jahr vermehrte sich die Zahl der Betriebsunfälle erheblich. Eine kleine Unterbrechung brachten höchstens die Jahre wirtschaftlicher Krisen. Dafür ließen die Zeiten besserer Konjunktur die Unfallziffern um so höher hinauschnellen. Soweit bis jetzt aus dem Jahre 1912 Berechnungen vorliegen, haben auch in diesem die Opfer auf dem Schlachtfelde der Industrie wieder eine starke Zunahme erfahren. Die Stellen, bei denen die Unfälle zu melden sind, die Berufsgenossenschaften und die Gewerbeinspektionen (die letzteren erhalten die Anzeigen durch Vermittlung der Ortspolizeibehörden), berichten fast übereinstimmend dasselbe. Der Gewerbeinspektor von Berlin berichtet, daß die Gefanztafel der gemeldeten Unfälle im Jahre 1912 um 2119 auf 22 014 gewachsen ist. Diese Zunahme um 10,6 Proz. übersteigt die der Arbeiter, die nur 3,3 Proz. betrug, erheblich.

„Diese Zunahme der Unfälle ist hauptsächlich auf die erhöhte Arbeitsintensität infolge der guten Beschäftigung der Industrie zurückzuführen“, sagt der Beamte. Im Regierungsbezirk Danzig gingen 1514 Unfallanzeigen, das sind 179 oder 13,4 Proz. mehr als im Vorjahr, ein. „Die Zunahme“, sagt der zuständige Gewerbeberat, „ist stärker als die der Arbeiterzahl, besonders in den Gewerbezweigen, die den größten Aufschwung zeigen. Diese Erscheinung bestätigt eine alte Erfahrung, daß bei außergewöhnlich großer Einstellung neuer Arbeitskräfte die Unfallziffer in die Höhe zu schnellen pflegt.“ Es stiegen gegenüber dem Vorjahr noch die gemeldeten Unfälle im Bezirk Cöln von 7 410 auf 8 479, Düsseldorf von 36 223 auf 39 104, Westfalen von 4465 auf 4807, Bremen von 696 auf 747, Stettin von 3275 auf 3886, Königsberg von 1226 auf 1490. Nach den vorläufigen Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes belief sich die Zahl aller im Jahre 1912 bei den zuständigen Stellen gemeldeten Betriebsunfälle auf 72 472 gegen 71 581 im Jahre vorher. Die Zahl der erstmals Erwähnungen betrug 137 415 gegen 132 114 im Jahre 1911. Die ausgezählten Unfallursachen in dem Jahre 1912 betrugen 170 Mill. Mark gegen 163 Mill. Mark im Jahre vorher. Man sieht, die Zahl der Verletzten ist weit mehr gestiegen als die der Unschädigten und noch mehr als der Betrag der Einschädigungssumme. Erhöhte Blutopfer der Arbeiterschaft, vermindernde Fürsorge, das ist die Tendenz der neuesten Sozialpolitik.“

**Neue Unfallverhütungsvorschriften.** Laut § 857 der neuen Reichsversicherungsordnung sollen die Vorstände der Berufsgenossenschaften alljährlich eine Sitzung einberufen, zu der die Vertreter der Versicherten hinzugezogen werden müssen. Die Notwendigkeit solcher Zusammenkünfte bestand schon früher, sie haben den Zweck, die Unfallverhütungsvorschriften zu prüfen und evtl. durch Änderungsanträge zu verbessern. Dieser neuen gesetzlichen Verpflichtung kam die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft durch Erinnerung einer Sitzung nach, in der die bisher bestehenden Vorschriften zwar wesentlich verbessert, doch den Wünschen der Arbeiter nicht völlig angepaßt wurden. Den Berichten der Gewerbeinspektoren ist zu entnehmen, daß Frauen zum Transportieren von Wälzen, ferner auch zu der außergewöhnlich gefährlichen Bedienung der schnell rotierenden Holzbearbeitungsmaschinen Verwendung finden. Ein von den Arbeitervertretern gestellter Antrag, der in Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Holzbearbeitungsmaschinen ein Verbot der Frauenarbeit wünscht, wurde abgelehnt. Eine wichtige Rolle in der Holzindustrie spielt die Welle der Abrichtemaschine. Nach einer statistischen Erhebung sind sogar noch in Berlin in 50 Abrichtemaschinen die sogenannten Wientwellen vorhanden. Die Unfallgefahr bei dieser Welle ist durch die Wanderausstellung des Holzarbeiterverbandes genügend gekennzeichnet. Ein Antrag, der nur die Benutzung der runden massiven Messerwelle fordert, stimmte der Vorstand der Berufsgenossenschaft niedrig, verboten ist nur die Rundgestaltung der Welle durch Holzbacken.

Die Vertreter der Versicherten besprachen ferner die Betriebsanlagen und die Geschaffenheit der Maschinen. Von Interesse ist, daß es Arbeitgeber gibt, die bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften mit Faulheit vorgehen. Biederholz ist es vorgeladen, daß Arbeiter aus dem Grunde als gemäßregelt vom Verbande unterstützt werden mühten, weil sie in Gegenwart des Unternehmers den Gewerbeinspektor auf das Fehlen von Schutzaufrichtungen aufmerksam machen. Aber es gibt auch Unternehmer, die es gern sehen, wenn der Arbeiter ohne Schutz arbeitet, da die zu verrichtende Arbeit dadurch etwas beschleunigt wird. Auf alle diese Anslagen hatte der Vorstand nur die Antwort, daß in solchen Fällen Beschwerde bei der Berufsgenossenschaft geführt werden soll, dann würde für Abhilfe gesorgt.

Der unzureichende Arbeiterschutz ist vielfach auf die ungenügende Kontrolle der Betriebe zurückzuführen, wurden doch von 49 115 Betrieben in einem Jahr nur 624 revidiert, so daß 4 831 Betriebsstätten — darunter 23 332 Großbetriebe — keinen Besuch der Aufsichtsbeamten erhielten. Die wenigen technischen Angestellten der Berufsgenossenschaften können eben keine genügende Revision ausüben. Die vielen Mängel noch in den Betrieben vorhanden sind, geht aus dem Bericht einer Unfallaufklärung des Holzarbeiterverbandes hervor. Danach hatten 50 Proz. aller Betriebe keine Staubsabsaugung. In acht Betriebsräumen zum längstenscheinlichen Spaltteil 22 Unfälle waren auf das vollständige Fehlen von Schutzaufrichtungen zurückzuführen. In acht Fällen verschuldet manchmal die Geschaffenheit der Vorrichtungen die Unfälle, in 15 Fällen enger ungenügender Arbeitraum. Wenn man bedenkt, daß das nur ein Bruchteil der Erhebungen ist, so dürfte es doch wohl anzunehmen sein, wieder die Forderung zu erheben, die schon wiederholt von den Arbeitern gestellt worden ist: Aufstellung von Revisionsteams aus den Kreisen der Betrieber! § 875 der Reichsversicherungsordnung lautet in seinem letzten Absatz: „Als solche Beamtinnen können auch Personen angestellt werden, die früher den betriebenen Betrieben als Arbeiter angehört haben.“ Die Reichsversicherungsordnung legt etwa nichts davon, daß die Angestellten eine technische Fortbildung haben müssen, wie z. B. ein Vorstandsmitglied der Genossen-

schaft bei der Beratung des Tätigkeitsberichts der technischen Angestellten erläuterte, sondern die praktische Fortbildung wäre wohl hier Bedingung. Diese Forderung wurde auch im Parlament und auf einer Konferenz der Maschinenarbeiter des Holzarbeiterverbandes in München erhoben.

Im Interesse der Berufsgenossenschaft liegt es, daß die Unfälle verringert werden. Dazu sind häufigere Revisionen der Betriebe und somit mehr Angestellte erforderlich.

Bei der Verhandlung machte sich ein kleiner Nebenstand bemerkbar, der im Interesse der Versicherten bei demselben Konferenzen nicht vorkommen sollte. Ein Teil der Vertreter war nicht ausreichend vorbereitet zur Sitzung erschienen. Sie waren dadurch verhindert, in die Verhandlung genügend einzutreten. Um eine derartige Verhandlung wirksam zu gestalten, muß eine Verständigung unter den Vertretern der Versicherten stattgefunden haben, damit nicht entgegengesetzte Meinungen unter den Vertretern selbst zutage treten.

## Genossenschaftliches.

**Ein Miesenkonsumverein.** In vergleichsmäßig kurzer Zeit haben sich eine Reihe großstädtischer Konsumvereine zu Unternehmungen mit Millionenumsätzen ausgewachsen. Der Zusammenschluß mehrerer kleiner Vereine erzielte gleiches Resultat. Obwohl also der Millionenkonsumverein im Zuge der Entwicklung liegt, erwacht ein genossenschaftliches Gebilde mit einem Jahresumsatz von zu 27 Millionen Mark doch unser Erstaunen. Der Konsumverein Leipzig Plagwitz ist der riese, der mit dem genannten Umsatz an die Spitze aller deutschen Konsumvereine tritt.

Der bisher größte deutsche Konsumverein, der Breslauer Konsumverein, der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht angehört, hatte am Ende des Jahres 1912 bei 97 864 Mitgliedern einen Umsatz von 25 758 587 M. Sollt man auch in Rechnung, daß die Leipziger Genossenschaft neben Nahrungsmitteln auch Wirtschaftsgegenstände und Kleidung an ihre Mitglieder verabfolgt, während der Breslauer Konsumverein sich nur auf Nahrungsmittel und Wirtschaftsgegenstände beschränkt, so ist doch der Mehrumsatz von 1 260 316 M., den der Konsumverein Leipzig Plagwitz gegenüber dem Breslauer Konsumverein aufweist, deshalb von großer Bedeutung, weil Leipzig Plagwitz ca. 40 000 Mitglieder weniger hat als der Breslauer Konsumverein.

Die erreichten 27 Mill. M. bedeuten dabei nicht etwa einen Haltepunkt in der Entwicklung der Leipziger Genossenschaft. Die 56 000 Mitglieder stellen ja nur einen Bruchteil der organisatorischfähigen Konsumenten Leipzigs dar. Die 27 Mill. M. bedeuten lediglich die gefestigte Möglichkeit zur Ausführung von Aussagen, denen sich unsre Konsumvereine je eher besto lieben unterziehen. Unzweckhaft werden auch bei dem Leipziger Miesenkonsumverein die erreichten Erfolge zu neuen Taten anspornen.

**Die Krämer als Kulturaufsteller.** Man möchte dem bisherigen Händlerstand eine große oder geringe Bedeutung für unsre Volkswirtschaft zumessen, so kam doch keiner auf die schwirrige Idee, gerade bei dem vom Händlerstand dargestellten sogenannten Mittelstande befondere Fähigkeiten für die Weckung der Menschen zu Persönlichkeit zu suchen. Der Gedankengang dieser Persönlichkeitserzieher ist folgender: Das Ziel der Kulturrentwicklung sei unbestritten Weckung und Stärkung der Persönlichkeit, was, in das wirtschaftliche Leben übergeht, nichts andres bedeutet als den Aufbau des Wirtschaftsförders durch möglichst viele und gesunde wirtschaftliche Selbständigkeit. Es liege also mehr im Sinne der Kultur, Angestellte durch Selbständige abzulösen, als wirtschaftliche Selbständigkeit durch angestellte Existenz zu erheben. Die heutige Form der Konsumentenorganisation durch Konsumvereine habe die Wirkung, selbständige Existenz durch Angestellte abzulösen. Bei der Organisierung des Konsums kollidiere sichlich der wirtschaftliche Vor teil der einzelnen mit dem Gemeinkreis, und es sei deshalb das Recht der Allgemeinheit, dies Gemeinkreis im Gegensaß zum Einzelrechte zu wahren. Denn eine jede Maßnahme des Staates, die darauf hinzielt, die unmöge Besetzung wirtschaftlicher Selbständigkeit durch wirtschaftliche Abhängigkeiten zu verhindern, sei von vornherein in sich selber gerechtfertigt; streiten könne man sich nur noch über die Form der Ausführung.

Gewiß handelt es sich bei der Organisierung der Konsumkraft um die Wahrung des Vor teils einzelner. Aber dieser Vor teil des einzelnen ist nur möglich, indem das Interesse der Gemeinkreis von einer Gemeinkreis von Menschen gewahrt wird. Nur innerhalb des Rahmens des Gemeinkreises hat der einzelne Aussicht, Vor teil für seine Persönlichkeit zu gewinnen. Man braucht den Gedanken der Organisation des Konsums ja nur zu Ende zu denken, um zu erkennen, daß das Recht der Allgemeinheit mit dem Rechte des einzelnen zusammenfällt. Es ist eine Umkehrung der Begriffe, wenn mit Beziehung auf die Konsumentenorganisation ein Gegensatz zwischen dem Rechte der Allgemeinheit und dem Einzelrechte konstruiert wird. Nur indem diese Begriffe umgekehrt werden, kommt man zu der Schlusfolgerung, die Organisation des Konsums ließe der Entwicklung der Persönlichkeit keinen Raum. Man braucht sich ja nur einmal vor Augen zu halten, daß der weitaus größte Teil der 1½ Millionen der im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisierten Konsumenten zu jenen Volksschichten gehört, bei denen von wirtschaftlicher Selbständigkeit nicht die Rede sein kann. Als Hersteller und Verbraucher steht regel der organisierte Konsument seine Verbraucherangelegenheiten selbst in die. Allerdings nur mit Hilfe aller derjenigen, die mit ihm gleiches Verbraucherinteresse haben. Wer so sehr nach Persönlichkeitswerten sucht, sollte dieses ethische Moment doch gerade zu finden, wo es gretst vor aller Augen liegt. Allerdings darin ein Moment von wirtschaftlicher Bedeutung sieht, daß die Organisierung der Konsumenten dem einen oder andern Händler Abbruch tut, dem steht die „selbständige“ Existenz höher als die Arbeit, die in der Konsumgenossenschaftsbewegung für die Allgemeinheit geleistet wird.

Sehr nett ist dabei noch, daß unsre Mittelstandsleute bei ihren Ausflügen in die Wirtschaftswelt den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen, richtig, nicht sehen wollen. Wer hätte mehr selbständige Existenzen auf dem Gewissen als das Großkapital? Aber sein einsichtiger Mensch wird ihm deshalb zürnen. Die Wirtschaft geht eben über vernichtete selbständige Existenzen hinweg, wenn sie nicht billigen Ansprüchen der Wirtschaftlichkeit zu genügen vermöchten. Der Einsichtige sieht sich dann eben nach besseren Wirtschaftsformen um. Der "Persönlichkeitstreuer" im Menschen soll und wird in der genossenschaftlichen Form der Wirtschaft geweckt und gefördert.

## Vom Ausland.

### Österreich.

Nach Marburg ist Zugang von Malern und Anstreicher fernzuhalten.

Lemberg ist für Maler, Anstreicher und Lackierer gesperrt.

Krag. Die Maler stehen in Lohnbewegung, deshalb ist Zugang für alle Maler gesperrt.

St. Pölten. Ein neuer Vertrag ist nun zum Abschluß gekommen.

### Holland.

In Bussum und Hilversum befinden sich die Kollegen im Sozialkampf. Zugang ist fernzuhalten.

### Frankreich.

Der Streit der Maler in Saint Etienne ist mit teilweise Erfolge beendet. Der Stundenlohn ist von 55 auf 60 Cent. erhöht worden. Der Aufschlag bei Nachtarbeiten ist um das Doppelte erhöht worden.

### Bosnien.

Die bosnische Arbeiterschaft ist trotz des halben Kriegszustandes auf allen Gebieten nach wie vor tätig. So stehen in der Hauptstadt Sarajevo die Bauarbeiter, Maler und Tapeteier in einer umfangreichen Lohnbewegung. Das bisher wöchentlich erscheinende Blatt der Arbeiterschaft war zugleich obligatorisches Organ der Gewerkschaften. Dies hat die Regierung unter dem jetzigen Ausnahmestand verboten, weil es eine politische Bejüngung der Gewerkschaften bediente. Die Arbeiterschaft will auf diesen neuen Anschlag des Absolutismus eine praktische Antwort geben: man trifft jetzt die Vorbereitungen, das Blatt in ein Tagesblatt zu verwandeln und für die Gewerkschaften besondere Organe zu schaffen.

Ein bevorstehender Gewerkschaftskongress in Mexiko. In Veracruz fand eine Konferenz der lokalen Arbeiterorganisationen statt, die ein Komitee zur Einberufung eines mexikanischen Gewerkschaftskongresses einsetzte. Der geplante Kongress wird sich vor allem mit der Frage der Organisation des mexikanischen Proletariats sowie mit der bedeutungsvollen Agrarfrage beschäftigen, die eine so außerordentliche Rolle in den unanhörlichen mexikanischen Bürgerkriegen der letzten Jahre spielte. Angesichts der auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens lähmenden Wirkungen dieser Kriege sind die Organisationsbestrebungen der mexikanischen Arbeiter um so freudiger zu begrüßen.

Die Arbeiterbewegung in Neu-Seeland. Aus Wellington, Neu-Seeland, sandte dem Internationalen Secretariat der Landeszentralen der Sekretär des Einigungs-Kongresses der Arbeiterbewegung, Genosse H. G. Hickey, einen interessanten Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Bei einer Bevölkerung von etwas mehr wie einer Million zählen wir in Neu-Seeland rund 80 000 Gewerkschaftsmitglieder. Bisher haben allerdings die hiesigen Gewerkschaften wenig Zusammenhalt gezeigt. Manche Zwistigkeiten und Eigenbröderlei gehörten leider meist zu den hervorragendsten Eigenschaften der Bewegung. Zu einem großen Teile war dieser Zustand auf das in unserm Lande bestehende obligatorische Schiedsgerichtsweisen zurückzuführen, weil dadurch der einzelnerliche Charakter der Bewegung mehr gefördert wurde als das Interesse der gesamten wirtschaftlichen Bewegung. So haben wir uns denn auch des Besiebens von mehr wie 300 verschiedenen Gewerkschaften zu erfreuen, von denen eine jede völlige Unabhängigkeit besitzt. In manchen Werkstätten sind ein Dutzend und mehr verschiedene Gewerkschaften vertreten. Sie alle gehen Verträge mit den Unternehmen ein, ohne Rücksicht auf die Interessen der übrigen Mitarbeiter. Die Folge war und ist natürlich eine unheilvolle Konfussion.

In den letzten Jahren jedoch machte sich eine lebhafte Bewegung dahingehend bemerkbar, daß die Arbeiterschaft sich mehr auf ihre wirtschaftliche Kraft wie auf die Schiedsgerichte verlassen sollte. Das erforderte natürlich den Zusammenschluß nahe verwandter Organisationen zu Industrieorganisationen.

Vor etwa fünf Jahren gründeten die Bergarbeiter einen Bergarbeiterverband, dem rasch die Erz- und Kohlenbergleute beitrafen und der bald eine äußerste rege soziale Aktivität entfaltete. Die Zwischenreihen dieses Verbandes lösten ihr Verhältnis zu den staatlichen Schiedsämtern und sie veränderten es, auf Grund der Macht ihrer Organisation den Unternehmern Konzessionen abzuringen, die vom Schiedsgerichte immer wieder abgelehnt worden waren. So zog durch die Bergarbeiter ein neuer Geist in die Bewegung ein, der sich nach allen Seiten hin bemerkbar machte. Einige Jahre später wurde aus dem Bergarbeiterverband der heurige Arbeiter- oder Gewerkschaftsbund.

Diese neue Organisation betonte vor allen Dingen die Rivalität gegen die Industrieorganisation als ein Gegengewicht gegen das Schiedsgerichtsweisen. In verhältnismäßig kurzer Zeit errichtete diese Organisation soziell alle ungelernten Arbeiter Neu-Seelands, wie die Faschner, Bergarbeiter, Schaffscheerer usw., wie auch manche Gewerkschaften gelernter Arbeiter

während diese Organisation rasche Fortschritte mache, bemühten sich auch die Gewerkschaftsvereine der größeren Städte mit mehr oder weniger Erfolg, eine Form für eine Landesorganisation zu finden. Es bezug auf Taktik und Ziele hat in den letzten Jahren zwischen den beiden Richtungen ein bitterer Kampf getobt. Es handelte sich dabei auf wirtschaftlichem Gebiete um den Streit zwischen dem Industrieverband und autonomer Gewerkschaftsorganisation, auf politischem Gebiete um die Gegensätze zwischen revolutionär-politischer Aktion und Revisionismus. Als im vergangenen Januar in einem der erbittertesten Arbeiterkämpfe, die Neu-Seeland je erlebt hat, und an dem rund 200 Bergarbeiter beteiligt waren, diese nach siebenmonatiger Gegenwehr nebst ihren Familien mit Gewalt aus dem Streitgebiet vertrieben, viele von ihnen mißhandelt oder gar getötet worden waren, da ersetzte der Arbeiterbund einen Aufruf an alle Arbeiterorganisationen in Neu-Seeland, damit eine Versöhnung und ein Ende des jetzigen beklagenswerten Zustandes der Arbeitsplattierung der Arbeiterchaft herbeigeführt werde.

Die vorgeschlagene Konferenz stand noch im Januar statt und mehr wie die Hälfte aller organisierten Arbeiter in Neu-Seeland waren auf ihr vertreten. Von den nichtvertretenen Gewerkschaften bestehen überwiegend viele nur auf dem Papier, so daß man wohl behaupten darf, daß die Konferenz den weitanspruchgrößten Teil der Gewerkschaften des Landes vertrat. Auf dieser Konferenz wurden Entwürfe ausgearbeitet für die Gründung einer „Sozialdemokratischen Partei“ auf politischem sowie eines „Vereinigten Gewerkschaftsbundes“ auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese Entwürfe sind inzwischen allen Gewerkschaften zur Bekanntung unterbreitet worden. Endgültig soll darüber auf einem für den 1. Juli d. J. einberufenen „Erlauchtenstag“ entschieden werden. Allem Anschein nach wird dieser Kongreß den Januar-Beschlüssen beitreten und damit eine einheitliche Arbeiterbewegung auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete schaffen.

Arbeiterverfolgungen in Brasilien. Ein in der südamerikanischen Arbeiterpresse veröffentlichter, aus Santos, Brasilien, herrührender Aufruf meldet, daß die brasilianische Regierung neuerdings mit der größten Brutalität und Willkür gegen die ausländischen Arbeiter, die sich an der Gewerkschaftsbewegung beteiligen, vorgeht. Den Anlaß dazu gab ein Hafenarbeiterstreik in der genannten Stadt Santos, der einen ruhigen Verlauf genommen hatte. Nachdem der Streik beendet worden war, wurden vier spanische Streikteilnehmer verhaftet und deportiert, ohne daß ihnen ein Vergehen nachgewiesen werden konnte. 28 spanische Arbeiter schnachten im Gefängnis von Rio de Janeiro und ihnen steht gleichfalls die Deportation bevor. Die Regierung bezichtigt sie nach alter, bewährter Methode des „Frauenhandels“, der „Ruhestörung“ oder des „Gesäßlichen Anarchismus“, eine Beschuldigung, von der in Brasilien wie in Argentinien als Vorwand an den schändlichsten Verfolgungen der Arbeiterbewegung so oft Gebrauch gemacht wird.

## Sachverständiges.

Begriffsbestimmung von Firnis. Prof. Grussi der Begriffe ihres Fachauskusses für Chemikalien, Drogen, Farben, Lacke hat die Berliner Handelskammer die folgenden Begriffsbestimmungen für Firnis festgestellt: „Firnis“ ist garniert reiner Leinölfirnis, ist Leinöl, dem durch Zugabe von Trockenstoff die dem Leinölfirnis eigene, schnelle Trockeneigenschaft gegeben ist. „Firnis“ darf nicht mehr als 2 Proz. Trockenstoff bei Verwendung harzsauerer Bindungen nicht mehr als 5 Proz. Trockenstoff enthalten. Die Bezeichnung „Firnis“ allein ist eine allgemeine, unter der die verschiedensten Materialien gefügt werden können. Firnisfarben und Glätfirnis sind Erzeugnisse für Leinölfirnis, die nicht aus Leinöl zu bestehen brauchen, sondern aus den verschiedensten Materialien hergestellt sind.“

Patenkassen vom Patenbüro O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.

### Angemeldete Patente:

SI. 75d. St. 18406. Verfahren zur Herstellung irisierender Folien mit einer zwischen zwei lachartigen Schichten befindlichen metallischen Zwischenschicht aus Wismuthchlorid. Zusatz zum Patent 231030. Dr. Alb. Stiebel, Frankfurt a. M. Aug. 5. 4. 13.  
SI. 75c. St. 13494. Verfahren zum Farbmuster von Geweben mittels Schablonendrucks. L. Reuberger & Co., Frankfurt a. M. Aug. 15. 7. 12.

### Ertielte Patente:

SI. 75a. 262998. Farbsammler, dessen Wände berieselten werden. W. Weißmann & Co., G. m. b. H., Rehau a. d. Nahe. Aug. 31. 10. 12.

SI. 75c. 263177. Schnüpfänger zum Aufhangen der beim Abziehen der Wände und Decken mit Spachteln abfallenden Farb- und Putzteile. Frau Elise Kössgen, Köln. Aug. 26. 9. 12.

### Angemeldetes Schweizer Patent:

SI. 11b. Nr. 60464. Verfahren zum Demalen von Glas. Fr. Thella Palmer, Stuttgart. Aug. 5. 6. 12.

## Verschiedenes.

Künstliche Kälte und Kosternährung. Die gewaltige Ausdehnung und Entwicklung unserer großen Städte stellt auch die Rohstoffversorgung vor andre Aufgaben als die Kleinstadt sie bot und bietet. Riesige Mengen von Lebensmitteln müssen in den Vorortstämmen der Großstädte lagern, um das nicht gerade bescheidene Nahrungsbedürfnis einer oft millionenförmigen Bevölkerung jeden Tag sicher und ohne Verzögerung befriedigen zu können. Und von diesen Fahrzeugen kommt ein größerer Teil von weit her, häufig aus dem Auslande, ja sogar aus andern Weltteilen. Sowohl die längere Aufbewahrung als auch der Transport über größere Entfernung einer so leicht verderblichen Ware, wie Lebensmittel sie im allgemeinen darstellen, wäre aber nicht möglich ohne eine ausgedehnte Aufwendung der künstlichen Kälte, wie sie uns die Industrie heute zur Verfügung stellt.

Ein interessanter Artikel in der „Umschau“ zeigt uns, in welchem Umfang heute die Lebensmittelver-

förderung überhaupt und speziell die einer Stadt wie Berlin auf dieses Hilfsmittel angewiesen ist. So ist Deutschland heute längst nicht mehr in der Lage, seine Eier allein zu erzeugen. Ein steigender Prozentsatz der bei uns konsumierten Eier stammt aus dem Auslande, vor allem aus Russland, das im Jahre 1908 für 33 Mill. Mt. dieser Ware nach Deutschland ausführte. Diese Eier müssen vor ihrem Verbrauch drei Kühlhäuser passieren, eins am Ende ihrer Sammlung, das zweite in den russischen Häfen, das dritte in den städtischen Zentren, in denen sie verbraucht werden. So lagern in den Berliner Kühlräumen auf einer Fläche von 17 000 Quadratmetern dauernd Eier im Werte von 7 Mill. Mt.

Auch Butter beziehen wir in großem Umfang aus Russland, das uns im Jahre 1907 aus Sibirien 16 Mill. Kilogramm davon lieferte. In Sibirien wird die Butter mittels Sonderzägen, die aus Kühlwagen hergestellt sind, und die sich alle 170 Kilometer aus längster Bahn beständlichen Eislagern mit frischem Eis versiehen, befördert. Berlin lagert auf 5000 Quadratmetern Fläche im Durchschnitt 100 000 Fässer Butter im Werte von 10 Mill. Mt. In Gestüglie lieferte uns Russland 1908 für 14 Mill. Mt. lebende und für 3 Mill. Mt. geschlachtete Ware. Letztere kommt in gefrorenem Zustande zu uns und lagert bis zum Verbrauch in Kühlwagen. Auch einheimisches Wild und Geflügel, das nur zu bestimmten Zeiten des Jahres geschossen werden darf, muß oft monatelang in frischem Zustand aufbewahrt werden, was gleichfalls nur in Kühlräumen möglich ist. In den Berliner Kühlhäusern lagern jährlich ca. 150 000 Hasen, 10 000 Rehe, 3000 Hirsche, 60 000 Fasanen usw. An Fischen beziehen wir in gefrorenem Zustand Lachs aus Kanada und Sibirien, Tinten und Stör aus dem Kapischen Meer und außerdem die Fangergebnisse unserer Nord- und Ostseejägerei.

Endlich ist auch noch das Obst und Gemüse zu erwähnen, das uns aus dem Auslande, vor allem Kalifornien, zugeht. Auch bei Versendung dieser empfindlichen Ware wird in ausgedehntem Maße die Kälte angewandt. Das kalifornische Obst z. B. kommt zunächst in Kühlwagen nach dem Osten. Hier nehmen es Kühlhäuser auf, aus denen es dann in Kühl Schiffen nach Europa verfrachtet wird.

Die zur Konserbierung der Lebensmittel nötige Kälte wird außer durch die Verwendung von Eis, das selbst häufig auf künstlichem Wege gewonnen ist, durch Kompressions-Kältemaschinen erzeugt. Bei diesen wird Ammonium, Kohlensäure oder schweflige Säure verdampft, wobei die Verdampfungswärme dem Salzwasser entzogen wird, das die Verdampfungsröhren umgibt. Die tiefgefrorene Salzwasserströmung läuft dann durch Rohrleitungen in die zu kühlenden Räume. Teilsweise werden auch die Rohrleitungen nicht selbst in die zu kühlenden Räume geführt, sondern nur Luft, die an ihnen geführt ist, in die Räume geblasen, welches Verfahren neben der Kühlung auch eine Regulierung der Luftfeuchtigkeit gestattet.

## Fachliteratur.

Jahresbericht der Städtischen Kunstgewerbeschule Straßburg für das Unterrichtsjahr 1912/1913. Die unter Leitung des Professors Seder stehende Kunstgewerbeschule war im Sommerhalbjahr 1912 von 201 Schülern besucht, während im Winterhalbjahr 1912/1913 die Zahl der Schüler, darunter 62 Schülerinnen, sich auf 232 steigerte, ein Beweis des guten Rufes dieser Anstalt, die sich eines vorzülichen Lehrerkörpers erfreut. In der Abteilung für Dekorationsmaler, Glasmaler, Lithographen und Kunstgewerbezeichner waren tätig die Herren Prof. Höpflner (Zeichnen nach der Natur), Erdmann (Architektonisches und ornamentales Zeichnen), Cammar (Stilisieren), Trunt (fachliches Zeichnen und Perspektive), Prof. Daubner (Malen nach der Natur), Prof. Jordan (figürliches Zeichnen) und Director Prof. Seder (Komponieren).

## Literarisches.

Neuer Welt-Kalender. Der in seinem 38. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1914 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalendarium. — Poetisches. — Beachtenswerthe Adressen. — Statistisches. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Kreislauf des Jahres. — Rüstungswahrnemu. Von Heinrich Ströbel (mit Illustration). — Der Balkan-Krieg. Von A. Demmer (mit Illustrationen). — Goldene Worte. Der Kohlbleib. Eine lustige Geschichte von Ernst Leibner (mit Illustrationen). — Die schöne Maschine. Von Adolf Bruno (mit Illustrationen). — Auf dürrem Land. Gedicht von Max Barthel. — Proletarische Schlachtfelder in Mitteldeutschland. Von Dr. A. Conady. — Wald-erholungsstätten für die Arbeiterschaft (mit Illustrationen). — Die letzte Hoffnung. Gedicht von Leo Heller. — Die Brüder. Erzählung von Julius Herzog (mit Illustrationen). — Leiche an Bord. Gedicht von Ernst Brezang. — Freiwilliger und unfreiwilliger Humor in Wahnsinnblättern. Von Konrad Haenisch. — Besuchung und Vererbung. Von W. G. Baede (mit Zeichnungen). — Zwei Lieder aus dem Alltag. Gedichte von L. Schulz und Fritz Sänger. — Schwimmen und Fliegen. Von Felix Linke (mit Zeichnungen). — Ein Erwartung. Gedicht von S. Kutsch. — Der preisgekrönte Bürgermeister. Humoreske von Hermann Drechsler (mit Illustrationen). — Stimmen der Zeit. Gedicht von Julius Herzog und Bernhard Wilhelm. — Unsere Toten (mit Porträts). — Fliegende Blätter. — Fahnenweihe. — Galgenhumor. — Für unsere Rätsel löser. — Außerdem vier Bilder: Morgenröte — Der Krieg — Die Armenküpe — Unter den Schneegruben. — Ein Vierfarbendruck auf Kunstdruckpapier: Der Leierlostenmann. — Ein Wandkalender.

„In Freien Stunden“. Der schweren Anfaage, die arbeitende Bevölkerung an eine gute geistige Kost zu gewöhnen, sucht die im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erscheinende Wochenschrift „In Freien Stunden“ mit unermüdlicher Ausdauer zu werden. Wer die 12 Jahrgänge durchblättert, die von dieser Zeitschrift jetzt vorliegen, findet darin die hervorragendsten volkstümlichen Romane der deutschen und der ausländischen Literatur vereinigt. Der am 1. Juli

beginnende neue Halbjahrsband der „Freien Stunden“ führt sich mit einem in Kalifornien spielenden Roman „Gold“ von Friedrich Gerstäcker ein; neben dieser illustrierten Hauptarbeit wird die Zeitschrift aus der Feder des Dänen Palle Rosenkrantz den Roman „Der rote Hahn“ veröffentlichen. Außerdem bringt der neue Band in gewohnter Abwechslung eine Fülle kleinerer Novellen und Skizzen. Der Teil, welcher der unterhalbenden Belehrung gewidmet ist, hat eine erhebliche Erweiterung erfahren. Besonders die angelündigten illustrierten populärwissenschaftlichen Abhandlungen — die in reicher Folge erscheinen sollen — werden vielen Wünschen entgekommen. Seit einigen Jahren ist den Abonnenten der „Freien Stunden“ bekanntlich am Schluß eines jeden Halbjahres ein künstlerischer Wandstuck als Gratisgabe dargeboten worden. Dem zweiten Halbjahrsband 1913 wird ein Bild von ganz besonderem künstlerischen Wert beigefügt, nämlich die Wiedergabe eines Selbstporträts unseres Genossen Bebel. Das Bild ist von dem in Hannover lebenden Künstler Trommer gemalt worden; die in jüngster Zeit ausgeführte Reproduktion des künstlerisch hervorragenden Werkes ist auf das Beste gelungen. Es wird zu erwarten sein, daß das Streben des Verlags von neuem Anerkennung findet und daß sich zu den alten Freunden der „Freien Stunden“ zahlreiche neue gesellen. Bestellungen auf die nach wie vor zum Preise von 10 Pfg. pro Wochenheft erscheinende Zeitschrift nehmen alte Buchhandlungen und Kolporteure entgegen.

### Sterbetafel.

Berlin. Am 21. Juli starb der Kollege Krip Matuth, geb. am 30. 3. 1885 in Kiel. Merseburg-Köthen. Am 5. Juli verstarb nach langeren Leidens unserer Kollege Karl Pöhlner im Alter von 52 Jahren. Magdeburg. Am 19. Juli wurde unser treuer Kollege und Mitstreiter Paul Dahlaweb, 47 Jahre alt, unserm Herzen entrissen.  
Ihre ihrem Andenken!

### Vredkästen.

N. M. Breslau. Es lag für uns kein stichhaltiger Grund vor, die erwähnten Einsendungen zurückzuweisen.

### Vereinsteil.

#### Mitteilung.

Rejältigt werden hiermit die Neu- und Erfabtwahlen der Filialverwaltungen, sowie die bis zum 27. Juli genehmigten Beiträge. Wo die Bekanntigung nicht er-

folgen konnte, wurde den Filialverwaltungen schriftliche Mitteilung gemacht.

Ausgeschlossen auf Grund des § 7 Abs. a des Statuts wurde das Mitglied Herm. Lindemann, Buchen, 6784 durch die Filiale Dortmund; auf Grund des § 7 Abs. c das Mitglied August Wehlan, Buchen, 33 065 durch die Filiale Plauen i. B.

Mit der 32. Beitragswoche tritt das neue Statut in Kraft und sind von da an die neuen Beitragssachen zu lieben. Die alten Marken verlieren ihre Gültigkeit und dürfen für die Beitragszahlungen von der 32. Woche an nicht mehr verwendet werden. Die neuen Marken sind, soweit die Bestellungen bei der Hauptkasse eingegangen, bereits verfaßt worden. Wir ersuchen die Filialen, die uns bis jetzt die Bestellung der neuen Marken nicht zulommen ließen, um sofortige Mel- dung, welcher Beitrag von der 32. Woche ab erhoben wird.

Die neuen Statuten werden im Laufe der Woche versandt.

### Der Vorstand.

#### Bericht der Hauptkasse vom 15. bis 25. Juli.

Eingebracht wurden für die Hauptkasse: Lördrach 267, Schnedemühl 38.45, Vielesfeld 800, Waldenburg 200, Weißwasser 150, Schleswig 137.80, Magdeburg 1500, Würzburg 1526.08, Nenabruk 81.30, Aschaffenburg 175, Güstrow 94.95, Eberswalde 205.45, Bötzdam 125, Halle 1200, Köslin 150, Schleswig 693.50, Flensburg 470, Bernburg 348.30, Lüneburg 101.55, Diederhosen 46.79, Ingolstadt 126.10, Augsburg 400, Passau 61.50, Eisenberg 121.19, Sorau 167.10, Crimmitschau 200, Greifswald 253.05, Graudenz 92.70, Leipzig 4000, Friedberg 186.25, Finsterwalde 395.20, Tilsit 158.30, Pirna 350, Spandau 379.05, Cassel 270, Wiesbaden 3432.36, Köln 800, Dortmund 800, Bützow 198.16, Hörstel 153.75, Coblenz 525, Heidelberg 750, Bayreuth 295.90, Welsa 167.15, Schwerin 801.95, Duisburg 522.12, Magdeburg 1500, Siegen 50, Bremerhaven 1200, Pirmasens 103.20, Wittenerberge 79.25, Herford 345, Oschersleben 456.33, Bentheim 347.12, Münzen 9571.12, Dessau 210, Mainz 2125.23, Chemnitz 1783.48, Cottbus 71.75, Karlsruhe 800, Saarbrücken 500, Breslau 196.45, Breslau 5010, Mecklenburg 1000, Bückeburg 103.15, Frankfurt a. M. 331.25, Düsseldorf 1000, Fürstenwalde 134, Minden 100.70, Thorn 406.55, Heilbronn 851.60, Weimar 250, Melle 453.45, Gießen 161.55, Hagen 700, Gotha 348.35, Essen 880.30, Rissa 60.37, Marburg 99.15, Straßburg 250, Danzig 1000, Stuttgart 2000, Rüthenberg 4000, Mannheim 2761.31, Frankfurt a. M. 3440.63, Dresden 3010.90, Hohenasperg 14.35 M.

Hiermit schließe ich die Einnahmen vom 2. Quartal. Die Summen, welche nach dem 25. Juli bei der Hauptkasse eingehen, können in der Abrechnung des 2. Quartals nicht mehr verrechnet werden.

Material wurde versandt:  
B. = Beitragssachen. C. = Eintrittsmarken.  
G. = Gittermarken. D. = Duplikatmarken.  
Brandenburg 30 B. a 20 S. (f. weibl. Mitgl.), 5 G. a 50 S.; Cassel 800 B. a 130 S.; Coblenz 200 B. a 80 S.; Danzig 100 B. a 10 S., 10 D.; Darmstadt 5 D.; Detmold 100 B. a 90 S., 10 C.; Eschwege 600 B. a 60 S.; Flensburg 400 B. a 95 S.; Forst 200 B. a 85 S.; Friedberg 500 B. a 90 S.; Glauchau 100 B. a 25 S.; Guben 150 B. a 85 S.; Güstrow 100 B. a 90 S., 10 C.; Halle 1200 B. a 90 S., 400 B. a 110 S., 800 B. a 130 S., 100 C.; Hannover 3000 B. a 90 S., 2000 B. a 130 S.; Hildesheim 20 C.; Hof 200 B. a 90 S., 100 B. a 130 S.; Ingolstadt 10 C., 10 D.; Leipzig 3000 B. a 90 S., 400 B. a 130 S., 500 C.; Lübeck 1200 B. a 80 S., 400 B. a 100 S., 1200 B. a 120 S.; Ludwigsburg 100 B. a 85 S., 100 B. a 125 S.; Magdeburg 30 C.; Milhausen 400 B. a 85 S.; Neumünster 400 B. a 90 S., 100 B. a 130 S., 10 D.; Nordhausen 200 B. a 85 S., 30 C.; Posen 1200 B. a 90 S., 800 B. a 130 S.; Preußlau 75 B. a 60 S., blaue, 50 B. a 15 S., 15 B. a 100 S.; Rathenow 20 B. a 130 S.; Reichenbach 200 B. a 85 S.; Schleswig 200 B. a 90 S., 10 C.; Singen 100 B. a 80 S.; Sorau 100 B. a 105 S.; Spandau 800 B. a 90 S., 800 B. a 130 S.; Spremberg 100 B. a 80 S.; Stettin 100 B. a 80 S.; Stralsund 400 B. a 85 S., 100 B. a 105 S.; Werdau 200 B. a 85 S., 100 B. a 105 S.; Wismar 100 B. a 95 S.; Worms 100 B. a 90 S., 200 B. a 130 S.; Zwitau 50 B. a 110 S.; Hamburg 200 C.

\* Die Woche vom 3. bis 9. August ist die 32. Beitragswoche.  
H. Wenker, Kassierer.

### Zentral-Franken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Gesetzliche Haftstase Nr. 71)

#### Bericht der Hauptkasse vom 20. bis 26. Juli 1913.

Überschüsse wurden von folgenden Verwaltungen eingehandelt von Würzburg in Chemnitz 150 M., Neßlitz in Lübeck 200 M., Winkler in Altona 100 M., Krösel in Nordhausen 75 M., Ellinger in Ludwigshafen 100 M., Uhde in Goslar 14 S., Höppner in Swinemünde 45 M.

Zuschüsse wurden abgesandt an: Hommen in Cöln a. Rh. 150 M., Hermann in Heilbronn 100 M.; Gotsched in Roßwag 120 M., Münnich in Bremen 100 M.; Kranfengeler erhielten: Buchen, 14864, B. Wiegendorf in Leipzig, 13.50 M.; Buchen, 34901, J. Boltz in Günzburg 11.25 M.; Buchen, 28539, H. Habets in Nüchtern, 20.25 M.; Buchen, 5485, B. Kropf in Cassel, 13.50 M.; Buchen, 24318, E. Spielmann in Holzhausen b. Cassel, 13.50 M.; Buchen, 13948, B. Langmann in Cassel, 13.50 M.; Buchen, 36430, B. Koch in Neu-Münzen, 13.50 M.; Buchen, 5468, L. Bauer in Cassel, 13.50 M.; Buchen, 5552, H. Schwarz in Oberlauffungen b. Cassel, 27 M.



### Teilzahlung III

Uhren und Goldwaren, Photo-Apparate, Feldstecher, Musikwerke, Sprechmaschinen usw.

Kataloge gratis und franko

**Jonass & Co., Berlin** 1.445  
Belle-Alliancestr. 3.

## Jeder Herr,

### Kavaliers-Garderobe ::

Ich liefere solche aus Ja. Maßstoffen zu nachfolgend staunend billigen Preisen:

**Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge . . . . .**

**Smocking-, Frack- und Gehrock-Anzüge . . . . .**

**Frühjahr-Ueberzieher und -Ulster . . . . .**

**Gummi-Mäntel . . . . .**

M. 6 bis 38  
M. 12 bis 45  
M. 5 bis 32  
von 12 M. an.

**Bitte zu beachten! Nicht passende oder nicht gefallende Waren werden umgetauscht oder wenn Umtausch nicht genehm, das gezahlte**

**Geld sofort zurückgesandt. — Versand gegen Nachnahme.**

**J. Kalter, München, Tal 19.**

## Buchstaben-Pausen

womit jeder, sogar ein Lebhafte, ohne jedes zeitmäßige Talent und ohne lange Übungen elegante und vornehme Schildermalerei in ge-

genau mühelos Arbeiten nach Vorlagen und keine lästigen Schwablonen.

Ganze Serie: 5 Doppel-Alphabete, jedes Alphabet 2 große und 25 kleine Buchstaben von 5, 7, 9 und 15 cm Höhe, nebst Sahlen in drei verschiedenen Höhen, dazu verschiedene Buchstaben, immer verteilbar. Auslage bezahlt sich hundertfach. Dies einfache Hilfsmittel für Schildermalet.

Albert Hutmacher, Hilben (Düsseldorf).

Spezialversandhaus für Herrenkleider von Herrschaften u. Kavalieren stammend

### L. Spielmann

München, Gärtnerplatz Nr. 2

Richten Sie gefälligst eine 5 Pfg.-Postkarte an mich und bestellen Sie kostenlos und ohne Verbindlichkeit meinen illustrierten grossen Pracht-Katalog Nr. 13, welcher Ihnen franko zugesandt. Sie erhalten aus dem Preisurkatalog, wie man sich hochmodern und doch billig kleiden kann.

**Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge . . . . .** von 12 bis 45 M.

**Frühjahr-Ulster und -Paletots . . . . .** von 10 bis 45 M.

**Gehrock- und Frack-Anzüge . . . . .** von 15 bis 50 M.

**Smocking-Anzüge . . . . .** von 22 bis 50 M.

**Einzelne Hosen oder Saccos . . . . .** von 3 bis 12 M.

**Gummimäntel . . . . .** von 10 bis 25 M.

Für nichtgefallende Waren wollen Sie in beiderseitigem Interesse sofort das Geld retour verlangen, wenn Ihnen Umtausch nicht erwünscht ist. Das Geld geht Ihnen sofort per Postausweis zu.

Täglich enorm grosser Versand.

Telephon 2464, Tel.-Adr.: Spielmann, München, Gärtnerplatz.



## Maler-Mäntel

110 120 130 cm lang

320 340 360 M.

Hosen 2 Mf. Drell-Jaden 3.25, Drell-Hosen 2.25 Mf.

2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 53., 54., 55., 56., 57., 58., 59., 60., 61., 62., 63., 64., 65., 66., 67., 68., 69., 70., 71., 72., 73., 74., 75., 76., 77., 78., 79., 80., 81., 82., 83., 84., 85., 86., 87., 88., 89., 90., 91., 92., 93., 94., 95., 96., 97., 98., 99., 100., 101., 102., 103., 104., 105., 106., 107., 108., 109., 110., 111., 112., 113., 114., 115., 116., 117., 118., 119., 120., 121., 122., 123., 124., 125., 126., 127., 128., 129., 130., 131., 132., 133., 134., 135., 136., 137., 138., 139., 140., 141., 142., 143., 144., 145., 146., 147., 148., 149., 150., 151., 152., 153., 154., 155., 156., 157., 158., 159., 160., 161., 162., 163., 164., 165., 166., 167., 168., 169., 170., 171., 172., 173., 174., 175., 176., 177., 178., 179., 180., 181., 182., 183., 184., 185., 186., 187., 188., 189., 190., 191., 192., 193., 194., 195., 196., 197., 198., 199., 200., 201., 202., 203., 204., 205., 206., 207., 208., 209., 210., 211., 212., 213., 214., 215., 216., 217., 218., 219., 220., 221., 222., 223., 224., 225., 226., 227., 228., 229., 230., 231., 232., 233., 234., 235., 236., 237., 238., 239., 240., 241., 242., 243., 244., 245., 246., 247., 248., 249., 250., 251., 252., 253., 254., 255., 256., 257., 258., 259., 260., 261., 262., 263., 264., 265., 266., 267., 268., 269., 270., 271., 272., 273., 274., 275., 276., 277., 278., 279., 280., 281., 282., 283., 284., 285., 286., 287., 288., 289., 290., 291., 292., 293., 294., 295., 296., 297., 298., 299., 300., 301., 302., 303., 304., 305., 306., 307., 308., 309., 31